

„Lebensgefühl im ländlichen Raum“

Expertenbefragung unter Landräten
und Bürgermeister/-innen

zur

Entwicklung des ländlichen Raumes in Deutschland

- Untersuchungsbericht -

für das

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Inhaltsübersicht

1	Vorbemerkungen	2
2	Entwicklung des Landkreises bzw. der Gemeinde	4
2.1	Größte Herausforderung vor Ort	4
2.2	Beschreibung bestehender Strukturen des Landkreises / der Gemeinde	6
2.2.1	Spontane Beschreibung des Landkreises / der Gemeinde	6
2.2.2	Bevölkerungsstruktur und Flüchtlingssituation	8
2.2.3	Wirtschaftsstruktur	11
2.2.4	Infrastruktur	13
2.2.5	Gemeindeleben	19
2.3	Unterschiede zu anderen ländlichen Gebieten in Deutschland	21
3	Zukunftsherausforderungen und -aufgaben	23
3.1	Die größten Zukunftsherausforderungen und -aufgaben	23
3.2	Maßnahmen zur Lösung zukünftiger Herausforderungen und -aufgaben	27
3.3	Erwartungen an die eigenen Bürger	33
3.4	Erwartungen an Land und Bund	34
4	Vision 2030: Die wichtigsten Zielsetzungen	37
5	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	40
6	Anhang: Methodische Anmerkungen	44

1 Vorbemerkungen

Mehr als die Hälfte der Einwohner in Deutschland leben in eher kleineren Städten oder Gemeinden des ländlichen Raumes. Das Leben in einer solchen Region unterscheidet sich meist nicht nur von dem Leben in einer Großstadt, sondern oftmals auch vom Leben in einem anderen ländlichen Gebiet Deutschlands. Die verschiedenen ländlichen Räume sind vielfältig hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft, Siedlungs- und Infrastruktur gestaltet. Sie unterscheiden sich in ihrer topografischen Lage oder auch in der soziokulturellen Zusammensetzung und Altersstruktur ihrer Bevölkerung.

Die Bundesregierung verfolgt eine wichtige Zielstellung, nämlich trotz der bestehenden Unterschiede die grundsätzliche Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Deutschlands sicherzustellen. Für die Menschen, die in ländlich geprägten Regionen leben oder sich dies für ihre Zukunft vorstellen können, ist vor allem der Erhalt bzw. Ausbau der verschiedenen gegebenen Strukturen vor Ort von entscheidender Bedeutung.

Das Thema erhielt Anfang November 2018 durch eine so genannte Orientierungsdebatte im Bundestag noch einmal besondere Aufmerksamkeit. Zuvor hatte bereits im September die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ihre Arbeit aufgenommen, in der neben Innenminister Horst Seehofer auch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner, Familienministerin Franziska Giffey und Vertreter der Länder und Kommunen vertreten sind. Die Kommission hat den Auftrag, auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses gleichwertiger Lebensverhältnisse bestimmte Handlungsempfehlungen mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland zu erarbeiten.

Um ländliche Räume besser zu verstehen, können wissenschaftliche Forschungsvorhaben wichtige Beiträge liefern. Bereits in der Vergangenheit hat deshalb das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) verschiedene Studien in Auftrag gegeben, die sich teilweise oder vollständig dem Thema ländlicher Raum widmeten. Dabei handelte es sich beispielsweise um eine quantitative Erhebung in ausgewählten Regionen Ostdeutschlands (2007), eine ebenfalls quantitative Erhebung in sechs ausgewählten Regionen mit prognostizierter stark positiver oder stark negativer Bevölkerungsentwicklung (2012), eine Repräsentativerhebung zur Infrastruktur in Deutschland (2014/2015) und Repräsentativbefragungen zum demografischen Wandel in Deutschland (2012 und 2017).

Mit der aktuell durchgeführten Studie soll diese Forschungsarbeit fortgesetzt und um weitere wichtige Erkenntnisse erweitert werden. Die Untersuchung besteht aus zwei sich ergänzenden Teilen, um ein möglichst vollständiges Bild vom Leben im ländlichen Raum zu erhalten. Zum einen wurden im Spätsommer 2018 in sechs ausgewählten ländlichen Räumen repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Bei diesen wurden schwerpunktmäßig Einschätzungen und Bewertungen des Lebens vor Ort, aber auch Chancen und Risiken, welche die Menschen in ihrem Wohnort wahrnehmen, erhoben.

Ergänzend zu diesen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen sollten mit Hilfe von qualitativen Einzelexplorationen vertiefende Erkenntnisse zum Leben in ländlichen Raum gewonnen werden. Dabei war ein Perspektivwechsel vorgesehen, weshalb die qualitativen Gespräche nicht mit Bürgerinnen und Bürgern¹, sondern als **Expertengespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landräten** durchgeführt wurden. Diese Experten sind aufgrund ihrer kommunalen Funktion in besonderer Weise mit den Problemen, Aufgaben und Herausforderungen des ländli-

¹ Obwohl aus Gründen der Lesbarkeit im Text die männliche Form gewählt wurde, beziehen sich die Angaben im Folgenden immer auf Angehörige beider Geschlechter.

chen Raumes vertraut und können mit ihren Sichtweisen in besonderem Maße dazu beitragen, die Potenziale und Probleme des ländlichen Raums besser zu verstehen.

Im Auftrag des BPA befragte die GMS Dr. Jung GmbH im Rahmen der soeben beschriebenen Expertenbefragung insgesamt 30 Gesprächspartner in ca. halbstündigen qualitativen Leitfadengesprächen zu ihrer Sicht der Entwicklung ihres Landkreises bzw. ihrer Gemeinde. Der folgende Untersuchungsbericht basiert auf den Ergebnissen dieser Erhebung.

Zielgruppe der Untersuchung waren demnach Landräte und Bürgermeister in ausgewählten ländlichen Landkreisen Deutschlands. Die Auswahl der insgesamt 24 in die Untersuchung einzubeziehenden Landkreise erfolgte analog zum Vorgehen der repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zweistufig durch eine Identifizierung der ländlich geprägten Landkreise auf Basis der „laufenden Raumbewertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung“ sowie des Prognos-Zukunftsatlas 2016 zu den Zukunftschancen und –risiken aller 402 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Berücksichtigt wurden jeweils acht Landkreise mit eher positiven, eher ausgeglichenen und eher negativen Zukunftschancen. Von den insgesamt 30, je ungefähr zur Hälfte persönlich-mündlich und telefonisch durchgeführten Interviews entfielen 19 Gespräche auf Bürgermeister, neun auf Landräte und weitere zwei Interviews auf sonstige Experten (Dezernenten / Stabstellenleiter Kreisentwicklung). Die Entwicklung der Stichprobe erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem BPA und der GMS. Detailliertere Informationen zum methodischen Vorgehen können dem Anhang entnommen werden.

Die im Interview behandelten **Untersuchungsthemen** betrafen die größte bisher zu bewältigende Herausforderung vor Ort, die Beschreibung des derzeitigen Zustands bzw. der bisherigen Entwicklung des Landkreises / der Gemeinde im Hinblick auf verschiedene gesellschaftliche Aspekte (Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsstruktur, Infrastruktur, Gemeindeleben) sowie einen Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten in Deutschland. Darüber hinaus wurde mit den Interviewpartnern intensiv über die wichtigsten Zukunftsherausforderungen und mögliche Lösungsansätze gesprochen. Zudem wurden auch die Rolle der eigenen Bevölkerung sowie die Erwartungen an die Landes- und Bundesebene im Hinblick auf die Bewältigung der Aufgaben und Herausforderungen erörtert.

Die Interviews wurden ausschließlich durch die Geschäftsleitung und erfahrene Research Consultants der GMS in der Zeit zwischen 5. Oktober und 8. November 2018 durchgeführt und mit Einverständnis der Befragungsteilnehmer/-innen als digitale Audiodatei aufgezeichnet, sodass im Anschluss wortgenaue Transkripte als Grundlage für die Auswertungen angefertigt werden konnten. Diese Aufzeichnungen der Experten-Gespräche wurden durch ein dreiköpfiges Analyseteam ausgewertet, das aus den gleichen Personen bestand, die auch die Gespräche geführt haben.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind bei dieser Erhebungsmethode nicht repräsentativ im statistischen Sinn. Als qualitative Studie liefern sie jedoch wertvolle Hintergrundinformationen, die nicht allein durch eine standardisierte quantitative Erhebung gewonnen werden können.

Die Ergebnisdarstellung erfolgt überwiegend differenziert nach (Gemeinden in) Landkreisen mit eher positiven, eher ausgeglichenen und eher negativen Zukunftschancen gemäß der Einordnung des Prognos-Zukunftsatlas 2016. Bereits an dieser Stelle soll hierbei darauf hingewiesen werden, dass die Differenzierung nach Prognos lediglich als Analysekriterium dient und nicht in jedem Fall der Meinung der befragten Expertinnen und Experten entspricht.

Zudem werden auch Auffälligkeiten nach anderen statistischen Merkmalen erwähnt, wenn sich bei der entsprechend analysierten Thematik bedeutsame bzw. charakteristische Abweichungen ergeben.

2 Entwicklung des Landkreises bzw. der Gemeinde

Bevor mit den Experten die wichtigsten Zukunftsherausforderungen ihres Landkreises bzw. ihrer Gemeinde erörtert werden konnten, wurde zunächst eine „Bestandsaufnahme“ zur derzeitigen Situation und Entwicklung des Landkreises bzw. der Gemeinde vorgenommen.

Hierzu wurden die Gesprächspartner zunächst nach ihrer größten Herausforderung seit Übernahme des jeweiligen Amtes (Kap. 2.1) gefragt und anschließend um eine Beschreibung ihrer Gemeinde gebeten, die bei Bedarf anhand eines Kriterienkatalogs für die Aspekte Gemeindeleben, Bevölkerungs-, Wirtschafts-, und Infrastruktur vervollständigt wurde (Kap. 2.2).

2.1 Größte Herausforderung vor Ort

Die Frage nach der bislang **größten Herausforderung vor Ort** („Was war denn seit Übernahme Ihre jetzigen Amtes für Sie die größte Herausforderung, die Sie hier vor Ort zu bewältigen hatten?“) ist ein sinnvoller Einstieg in die Thematik, aber auch ein geeignetes Mittel, um bereits zentrale kommunale Probleme zu identifizieren.

Mehr als die Hälfte² der Gesprächspartner nennen in diesem Zusammenhang verschiedene Herausforderungen im Zusammenhang mit dem **Erhalt oder dem Ausbau der örtlichen Infrastruktur**. Dabei handelt es sich besonders häufig um konkrete Bauprojekte oder Sanierungen von öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulen, Kindertageseinrichtungen, Schwimmbäder), aber auch um Infrastrukturmaßnahmen im Bereich ÖPNV und Verkehrsinfrastruktur (z.B. Reorganisation des ÖPNV, Bau von Tunneln oder Gemeindeumgehungsstraßen):

- *„Und zum anderen hatten wir mit dem Ansinnen, dass hier bei uns etwas für die Verbesserung der Lebensbedingungen hinsichtlich Sport, Verbandssport, Schulsport gemacht wird, die Aufgabe, eine neue Sporthalle zu bauen. [...] Das ist also einmal auf der Bauseite etwas, was uns hier in der Verwaltung stark beschäftigt hat.“*
- *„Die Planungen der Bahn hätten eine wirtschaftliche Lösung nur vorgesehen, die oberirdisch die Stadt komplett durchschnitten [...] hätte. Dies konnte mit einer Tunnellösung vermieden und verhindert werden, aber gleichzeitig auch in dieser Region mit diesem starken Wohnungsdruck, mit diesem Flächenmanagement, was immer schwieriger ist, damit praktisch auch die Weiterentwicklung der Stadt an immer schon vorgesehenen Stellen auch wieder möglich [ist].“*

Die beschriebenen Infrastrukturmaßnahmen wurden in den meisten Fällen bereits erfolgreich durchgeführt bzw. zumindest initiiert. Neben der Finanzierung der Projekte wird von einem Teil der Experten zudem die Kommunikation der Maßnahmen gegenüber den Bürgern vor Ort thematisiert, die häufiger problembehaftet und konfliktreich abläuft:

- *„Es ist immer so, wenn eine Maßnahme viel Geld kostet, wird sie auch in gewisser Weise hinterfragt. Sie wird auch deshalb hinterfragt, weil natürlich diese neue Pädagogik [Einführung der Gemeinschaftsschule; GMS] die ganze Maßnahme überlagert und nicht jeder Freund ist von*

² Bei der Berichterlegung wird, wie bei qualitativen Untersuchungen üblich, darauf verzichtet, genaue Anteile bzw. Nennungshäufigkeiten aufzuführen. Vielmehr werden bei Bedarf ungefähre Größenordnungen aufgeführt (z.B. „die Hälfte“, „rund ein Viertel“ etc.).

Neuerungen - generell bemerkt man eine Frucht und Angst vor neuen Dingen, die man nicht gleich versteht.“

- *„...Konflikte auf der einen Seite, weil vielleicht manchmal fünf, zehn Minuten gewartet werden muss und man zu zeitig an der Schule ist, das war ein Thema, was viele Eltern bewegt hat, weil die Schulen in der Regel nicht so flexibel waren, um sich den geänderten ÖPNV-Zeitplänen anzupassen...“*

Diese Vorbehalte der Bürger gegenüber bestimmten Veränderungen werden von den Befragten auch im späteren Gesprächsverlauf relativ häufig thematisiert, wenn es darum geht, was die Bürger konkret zur Bewältigung zukünftiger Aufgaben beitragen können (vgl. Kapitel 3.3).

Fast genauso häufig wie Infrastrukturprojekte bzw. -maßnahmen werden von den interviewten Experten auch Gesichtspunkte im Bereich der **Bevölkerungsentwicklung** genannt, wenn es um die größte Herausforderung seit Beginn der Amtsübernahme geht. Hier spielen allerdings eher akute Aufgaben wie die Flüchtlingssituation insbesondere ab dem Jahr 2015 eine Rolle:

- *„Unstreitig die ganze Thematik der Flüchtlingsunterbringung. Die Fragen der Integration inklusive Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration liegen noch vor uns.“*
- *„Die größte Herausforderung war in den Jahren 2015 und 2016 die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Darauf war ja eigentlich keiner vorbereitet.“*

Die stetigen Herausforderungen des demografischen Wandels werden zwar auch von einigen der kommunalen Experten angesprochen, stehen aber bei dieser Frage noch nicht so im Vordergrund, da sie eher langfristig wirken und nicht an einem konkreten punktuellen Ereignis festgemacht werden können, wie z.B. die Flüchtlingssituation im Jahr 2015, auf die im nächsten Kapitel noch einmal vertiefend eingegangen wird.

Immerhin noch mehr als ein Viertel der Gesprächspartner nennt als bislang größte Herausforderung auch Aspekte aus dem Themenbereich **Wirtschaft und Finanzen**, wobei der Schwerpunkt bei der schwierigen Lage der kommunalen Finanzen liegt, die dann teilweise noch durch die Wirtschaftskrise ab 2008 verschärft wurde:

- *„Die Steuereinnahmen brachen weg, die Straßenbeleuchtung, die Personalkosten liefen weiter. Die Vorgänger hatten das Vermögen verwirtschaftet, wir hatten nichts mehr, und dann musste man sich was einfallen lassen.“*
- *„Der Landkreis ist sehr strukturschwach geprägt und hatte bisher immer die Schwierigkeit, eine relativ hohe Verschuldungsquote vor sich her zu schieben, insbesondere auch im Kassenkreditbereich. [...]. Und damit können Sie nicht sehr viel unternehmen, wenn Sie so eine Haushaltslage haben und jedes Jahr entsprechend neue Fehlbeträge aufhäufen.“*

Bisherige Herausforderungen im Bereich Wirtschaft und Finanzen werden ausschließlich durch kommunale Amtsträger aus Landkreisen mit ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen angeführt. Für Befragte aus Landkreisen mit positiven Zukunftschancen stellen diese Themen in der Vergangenheit zumindest keine besonders hervorzuhebende Herausforderung dar.

Diese drei Hauptbereiche Infrastruktur, Bevölkerung und Wirtschaft / Finanzen decken einen Großteil der von den Expertinnen und Experten genannten größten Herausforderungen ab. Lediglich vereinzelt werden daneben noch einige weitere Punkte angesprochen (z.B. in den Bereichen Umwelt / Natur oder Gemeindeleben).

Insgesamt zeigt sich bereits bei dieser Frage, dass dem Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und eine entsprechende Finanzierung dieser Maßnahmen bei der täglichen kommunalen Arbeit der Landräte und Bürgermeister eine entscheidende Bedeutung zukommt. Die in diesem Zusammenhang genannten Herausforderungen hängen auch von der Rolle des Experten (Landrat vs. Bürgermeister) und der Größe der Kommune ab. Während auf Gemeindeebene spezifische Infrastrukturmaßnahmen ganz eindeutig im Vordergrund stehen, werden durch die befragten Landräte überdurchschnittlich häufig Herausforderungen angesprochen, die im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung stehen. Auch ist der Blickwinkel von Befragten, die ihr jetziges Amt erst seit kurzer Zeit innehaben, noch etwas anders als bei Gesprächspartnern, die bereits seit mehreren Jahren kommunale Verantwortung in der aktuellen Position tragen. Bei ersteren stehen häufiger noch Probleme bei der Amtsübernahme an sich und verwaltungstechnische Aspekte im Vordergrund.

2.2 Beschreibung bestehender Strukturen des Landkreises / der Gemeinde

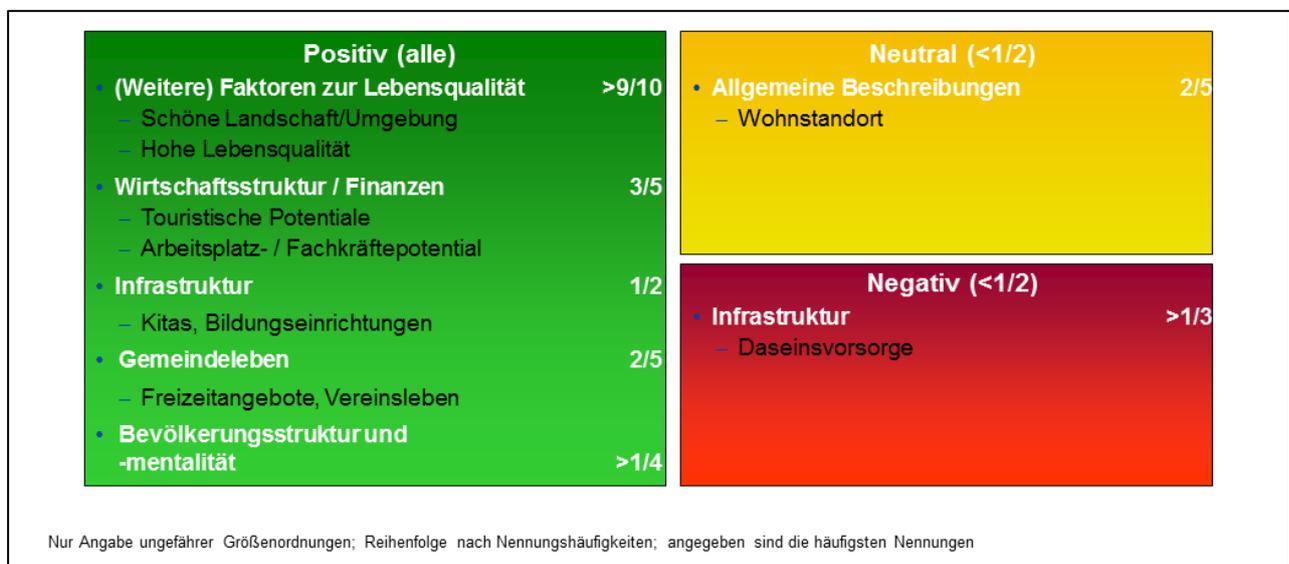
Zur Vertiefung der Kenntnisse über die bestehenden Strukturen des Landkreises bzw. der Gemeinde wurden die Experten zunächst gebeten, ihren Landkreis bzw. ihre Gemeinde in knappen Worten spontan zu beschreiben und sowohl auf positive, als auch auf negative Aspekte einzugehen. Um das Bild zu vervollständigen, fand - falls nötig - anschließend zu den zentralen Entwicklungsbereichen Gemeindeleben, Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur eine Nachexploration statt.

2.2.1 Spontane Beschreibung des Landkreises / der Gemeinde

Durch die spontane Beschreibung der eigenen Gemeinde bzw. des eigenen Landkreises kann zunächst ermittelt werden, ob eine grundsätzlich positive oder negative Sicht der Dinge vorherrscht.

Abbildung 1:

Spontane Beschreibung des Landkreises / der Gemeinde



Insgesamt zeigt sich hier ein überwiegendes positives Bild. Während jeder Experte spontan einen oder mehrere positive Aspekte erwähnt, werden negative Gesichtspunkte der Gemeinde bzw. des Landkreises nur von knapp der Hälfte angeführt. Ungefähr genauso häufig werden auch eher neutral gehaltene Anmerkungen zur Größe der Kommune, der Einordnung als Wohnstandort oder auch einer Beschreibung der Mentalität der Menschen getätigt (Abbildung 1).

Tendenziell erwähnen Experten aus Landkreisen mit negativen Zukunftschancen zwar tatsächlich auch etwas häufiger negative Faktoren oder Entwicklungen, aber auch bei ihnen überwiegen eindeutig die positiven Zuschreibungen. Dies ist insofern schon allein deshalb nicht erstaunlich, da mit Übernahme eines kommunalen Amtes auch politische Verantwortung einhergeht und man sich selbst bzw. seinen Landkreis / seine Gemeinde nicht ausschließlich in einem negativen Licht darstellen lassen möchte. Allerdings neigen Experten in Interviews erfahrungsgemäß dennoch dazu, eher „ausgewogene“ Meinungsurteile zu äußern und dabei positive und negative Gesichtspunkte zu berücksichtigen, weshalb die Sicht, ungeachtet der im späteren Gesprächsverlauf noch angesprochenen Probleme und Schwierigkeiten, insgesamt eine positive ist.

Betrachtet man die **spontan positiv hervorgehobenen Sachverhalte** genauer, fällt zuvorderst auf, dass so gut wie jeder Experte die schöne, naturnahe landschaftliche Umgebung des Landkreises bzw. der Gemeinde hervorhebt. Dies mag vermutlich einerseits auf eine gesunde Portion Lokalpatriotismus zurückzuführen sein, stellt andererseits jedoch ebenfalls ein erstes Indiz für eine besondere Lebensqualität des ländlichen Raumes dar. Letztere wird von immerhin noch jedem zweiten Experten explizit positiv hervorgehoben, teilweise in Verbindung mit weiteren Faktoren wie niedriger Kriminalität oder gehobener Familienfreundlichkeit:

- *„Es gibt keine Problemstadtteile, es gibt keine größeren sozialen Brennpunkte. Und bei Jüngeren mit Familie sind Sicherheit und Sauberkeit genauso ein Thema wie bei den Senioren.“*
- *„Viel Fläche, viel Raum, viel Natur. Eher Infrastruktur noch nicht so ausgebaut, wie wir uns das wünschen würden, aber eine sehr hohe Lebensqualität im Vergleich zu städtischen Lebensformen.“*

In Verbindung mit den landschaftlichen Vorteilen werden häufig auch touristische Potenziale ausgemacht, die jedoch zum Teil noch nicht vollständig erschlossen sind. Insgesamt nennen mehr als die Hälfte der Interviewpartner spontan positive Aspekte im Hinblick auf Wirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfte, ungefähr die Hälfte ebenso Positives zur Infrastruktur und zum Gemeindeleben.

Auf der **negativen Seite** werden spontan am häufigsten Defizite im Bereich der Infrastruktur hervorgehoben. Gut ein Drittel nennt hier vor allem Mängel im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, z.B. bei langen Taktungen des ÖPNV oder fehlenden Einkaufs- und Bildungsmöglichkeiten:

- *„Positive Dinge kann man kaum sagen, weil die Schule weg ist, sämtliche Einkaufsmöglichkeiten so gut wie weg sind, also in der Richtung sehr, sehr viel weggebrochen ist.“*

Nur in sehr wenigen Fällen wird bereits spontan auf wirtschaftliche Probleme oder dem Verlust von Arbeitsplätzen verwiesen. Dabei handelt es sich zwar mit einer Ausnahme um Experten aus Landkreisen mit negativen Zukunftschancen, aber auch innerhalb dieser Teilgruppe werden wirtschaftliche Schwierigkeiten nur selten eigenständig bei der spontanen Beschreibung der Gemeinde bzw. des Landkreises thematisiert.

Etwas deutlicher treten Schwierigkeiten, Probleme und Defizite erst nach aktiver Nachexploration zu Tage, wenn es darum geht, ein möglichst umfassendes Bild der aktuellen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur sowie des Gemeindelebens zu erhalten.

Trotz des insgesamt positiven Gesamtbildes, das sich bei der Bewertung des Entwicklungsstandes des ländlichen Raumes durch die Experten zeigt, werden hier bereits Probleme sichtbar, die die ländlichen Regionen mit Blick auf die Zukunft teilweise vor besondere Herausforderungen stellen.

2.2.2 Bevölkerungsstruktur und Flüchtlingssituation

Ein einheitlicher Trend zu einem Bevölkerungsrückgang lässt sich angesichts der Stichprobenanlage, die in einem ausgewogenen Verhältnis ausgewählte Landkreise mit positiven, ausgeglichenen und negativen Entwicklungschancen berücksichtigt, nicht erwarten. Tatsächlich wird ein solcher demografischer Trend nicht sichtbar. Selbst in Landkreisen mit negativen Entwicklungschancen sehen sich bei weitem nicht alle befragten Landräte und Bürgermeister mit einer abnehmenden **Bevölkerungsentwicklung** konfrontiert. Zum einen ist dies dadurch begründet, dass ebenfalls innerhalb von Landkreisen mit negativen oder eher ausgeglichenen Zukunftsprognosen durchaus einzelne Gemeinden existieren, bei denen die Situation diesbezüglich positiver ausfällt. Insbesondere bei relativer Großstadtnähe ergeben sich auch in Landkreisen mit eher negativen Zukunftsprognosen aus Expertensicht sogar spürbar positive Entwicklungen:

- *„...vor allem ist [Großstadt] jetzt tatsächlich ein Magnet geworden. Das war vor zehn Jahren nicht denkbar. [...] Wir haben Zuzug, ganz klar, weil die Arbeitsplätze locken.“*

Insgesamt kann etwa die Hälfte der Experten derzeit sogar (leicht) steigende Einwohnerzahlen für ihre Landkreise bzw. Gemeinden feststellen. Hinzu kommen einige Landkreise bzw. Gemeinden, die nach größeren Abwanderungen in den 90er-Jahren mittlerweile wieder eine gewisse Stabilität der Einwohnerzahlen erreicht haben:

- *„Wenn die negativen Prognosen, die es ja gegeben hat, sich bewahrheitet hätten, dann hätten wir deutlich [...] Einwohner weniger. Das ist aber nicht der Fall. Also wie gesagt, seit drei Jahren geht es wieder leicht aufwärts. Ob das mal ein Trend wird, weiß ich nicht...“*
- *„Wenn ich mir die Ergebnisse der Bertelsmann-Stiftung ansehe, dann sind da viele dunkle Wolken am Horizont langgepustet worden nach dem Motto: Ihr verliert 25 % der Leute. Stimmt gar nicht. Was hat man damit angerichtet?“*

Eindeutig negative Entwicklungen sehen ausschließlich Experten aus metropolfernen Landkreisen im Osten der Bundesrepublik, wobei hier die größten Probleme bei der Bevölkerungsentwicklung in der Nachwende-Zeit gesehen werden. An eine wirkliche und nachhaltige Lösung der negativen demografischen Entwicklung wird hier eher nicht geglaubt, sondern versucht sich mit den vorhandenen Mitteln möglichst gut zu arrangieren:

- *„Also ich denke mal, den demografischen Wandel als solchen kann man überhaupt nicht bewältigen. Man kann ihn gestalten, man kann versuchen, aus der Situation, die sich [...] selbst im ländlichen Raum sehr unterschiedlich darstellt, daraus das Optimum an gestalterischen Rahmenbedingungen, die man selbst beeinflussen kann [...] versuchen zu erzielen. Mehr kann man da nicht machen. Also Sie kriegen eine Generation, eine junge Generation, die zu Großteilen in den neunziger Jahren die neuen fünf Bundesländer in Größenordnungen verlassen haben, die kriegen Sie nicht reproduziert.“*
- *„Uns fehlt hier fast eine ganze Generation, die durch den Wegbruch der Industrie in den neunziger Jahren eben auch damals keine Arbeit gefunden haben und deswegen weggegangen sind.“*

Trotz der mit einigen Ausnahmen insgesamt noch relativ positiven Beurteilung des Bevölkerungsentwicklung, wird von ungefähr der Hälfte der Experten bereits an dieser Stelle das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung kritisch angesprochen, das zumindest in wirtschaftlich prosperierenden Landkreisen jetzt schon zu einem Fehlen von Fachkräften in einigen Bereichen führt und mit Blick auf die Zukunft noch verstärkt problembehaftete Auswirkungen hervorrufen kann:

- *„Wir haben eher wie im Moment und überall Fachkräftemangel, allerdings noch verstärkt durch den demografischen Wandel, das merke ich immer wieder [...] Während genau im tief geprägten ländlichen Teil doch demografisch gesehen Probleme auftreten, die Jugendlichen wandern ab und ich habe dann [...] Probleme bei den Fachkräften.“*
- *„Wir haben ein Durchschnittsalter von über 50 hier, und von daher ist es schwierig.“*

Von einer „gesunden“ Altersstruktur oder dem stattfindenden Zuzug von jungen Familien wird zumeist nur in Landkreisen mit eher positiven oder zumindest ausgeglichenen Zukunftschancen berichtet. Allerdings können hier Ausnahmen ausgemacht werden, wenn sich beispielsweise bei einem Landkreis mit eher negativen Zukunftsprognosen eine wirtschaftlich geprägte Metropole in der Nähe befindet. Dass ein steigendes Durchschnittsalter nicht immer unbedingt von Nachteil sein muss, zeigt das Beispiel einer Gemeinde, die den demografischen Wandel quasi zum kommunalprofitablen „Geschäftsmodell“ gemacht hat:

- *„Wir haben allerdings einen hohen Altersdurchschnitt, aber das ist kein Nachteil. Also ständig kommen Warnungen vorm demografischen Wandel, aber die da Gutachten schreiben, haben nicht verstanden, dass der demografische Faktor seit über hundert Jahren [...] Teil unseres Geschäftsmodells ist. Wir sind eine Wohnstadt, und wir haben umfangreiche Freizeitangebote, und wir kommen über den Preis. [...] Die Hälfte [der Bürger] muss nicht mehr arbeiten, die sind schon Rentner oder Pensionäre oder irgendwas drum herum. Und ansonsten haben wir einen Schwerpunkt „weiße Industrie“ [...] Das sind Senioreneinrichtungen, werden ständig neue gebaut, das sind aber auch Kliniken.“*

Insgesamt zeigt sich damit bei Betrachtung der Bevölkerungsstruktur wiederum die Vielfalt der ländlichen Räume bezüglich ihrer unterschiedlichen Entwicklungen und den daraus resultierenden abweichenden Problemen und Herausforderungen. Trotz derzeit meist noch stabilen oder sogar (leicht) ansteigenden Einwohnerzahlen zeichnet sich besonders bei wirtschaftlich besser aufgestellten Gemeinden aufgrund des steigenden Durchschnittsalters zunehmend das Problem ab, ausreichend Fachkräfte für die ortsansässigen Betriebe zu gewinnen. Auf der anderen Seite existieren jedoch ebenso einige Landkreise, vor allem in Ostdeutschland und fernab von Großstädten, die nach wie vor mit sinkenden Bevölkerungszahlen konfrontiert sind und für die eher das Aufrechterhalten der bestehenden Strukturen und der Daseinsvorsorge von entscheidender Bedeutung sind.

Für so gut wie alle in die Untersuchung einbezogenen Landkreise gilt allerdings, dass sie mehr oder weniger stark von der **Flüchtlingssituation** im Jahr 2015 (und danach) betroffen waren und schnelle Lösungen für den Umgang damit finden mussten. Die hierbei gemachten Erfahrungen der Landräte und Bürgermeister fallen überwiegend positiv aus. Zwar kamen anfänglich große Herausforderungen, teilweise verbunden mit hohen (emotionalen) Belastungen, insbesondere bezüglich der zu organisierenden Unterbringung der Flüchtlinge auf. Diese konnten vor allem auch dank der zumeist als großartig beschriebenen Unterstützung durch Ehrenamtliche bewältigt werden:

- *„Wir haben eine sehr gut aufgestellte Ehrenamtlichkeit hier im Landkreis, das heißt, viele Vereine und Verbände, die sich unheimlich eingesetzt haben und auch heute noch einsetzen und sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet haben.“*

- *„Wir haben jetzt hier insgesamt 140 Flüchtlinge, und nach wie vor seit vier Jahren mit gleicher Größe einen Helferkreis von etwa 40 bis 60 Ehrenamtliche, die uns helfen, dieses Thema zu bespielen und das funktioniert ganz gut.“*

Als entscheidend zur Vermeidung von Konflikten wird von den Experten dabei sehr häufig eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge hervorgehoben, die sowohl Konflikte unter den Bewohnern vermeidet, als auch Vorbehalte der Anwohner abbaut. Sofern es doch einmal anfängliche Probleme mit den Einwohnern gab, konnten diese in der Regel nach einiger Zeit abgebaut werden:

- *„...ich hatte in der großen Kreisstadt [...] das Angebot so gemacht, dass wir dezentral über das Stadtgebiet kleinere Flüchtlingsunterkünfte einrichten. Das hat sich auch bewährt, weil damit nahezu keine Konflikte vor Ort entstanden sind und im Grunde genommen die Spannungen, die man sonst oft so hört, schon auch gar nicht möglich waren.“*
- *„Wir haben es dann vermeiden können und haben alle Kräfte zusammengenommen und ein paar dezentrale Unterkünfte aufgetrieben wie zum Beispiel ein altes Schulhaus, aber in einem angegliederten dörflichen Ortsteil. Da hatten dann zwar bloß zwanzig Leute Platz, aber das hat sich ja dann mit der Zeit entspannt, und zwanzig Leute waren jetzt bezogen auf diesen Ortsteil auch schon viel, aber nachdem die so mittendrin waren, konnte der Helferkreis da sehr gut arbeiten.“*
- *„Viele [Einheimische], die damals auf die Barrikaden gegangen sind, haben dann die Flüchtlinge als Mieter genommen.“*

Teilweise konnten bereits gewisse Erfolge bei dem Versuch der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt verzeichnet werden. Allerdings handelt es sich dabei zumeist um einfache Tätigkeiten, da die notwendigen Ausbildungen für das tief gestaffelte Berufs- und Ausbildungssystem Deutschlands häufig noch fehlen:

- *„Wir haben mittlerweile auch Unternehmen, das ist zum Beispiel eine Großwäscherei oder ein größerer Hotelbetrieb, wo jeweils auch Flüchtlinge im zweistelligen Bereich Hilfsarbeit zum Mindestlohn machen und in die Arbeitsverhältnisse integriert sind. Wir werden jetzt auch für den Tourismusbereich ab nächstem Jahr gezielt Schulungen für diese Personengruppe anbieten.“*

Die Annahme entsprechender Maßnahmen durch die Flüchtlinge selbst wird ambivalent beurteilt. Zwar lässt sich größtenteils eine grundsätzliche Bereitschaft, sich zu integrieren, feststellen. Teilweise wird allerdings auch von defizitärer Arbeitsmoral und fehlendem Integrationswillen berichtet. Ähnlich unterschiedlich bewerten die Landräte und Bürgermeister deshalb auch den Beitrag der Flüchtlinge zur Reduktion des Fachkräftemangels. Auf der einen Seite werden zwar durchaus Potenziale gesehen, auf der anderen Seite sind aufgrund vorhandener Defizite bei Ausbildung und Integrationswillen kurzfristig keine „Wunder“ zu erwarten, sondern man sollte sich auf einen langwierigen Integrationsprozess einstellen:

- *„Erst mal habe ich eine sehr humanistische Einstellung [...], aber auch eine praktische, weil ich mir damals schon gesagt habe: Wenn du die Chance jetzt ergreifst, dann hast du deinen Fachkräftemangel eventuell in den nächsten Jahren zumindest positiv beeinflusst.“*
- *„Wir müssen ja auch ein bisschen näher an der Realität bleiben. Also man darf jetzt nicht davon ausgehen, dass das die Rettung für uns ist, was den Fachkräftemangel angeht. Das nicht, sondern wir sollten unumwunden sagen, das ist eine humanitäre Pflicht. [...] Das soll man aber dann auch so beim Namen nennen und nicht meinen, das ist jetzt die Rettung für unseren Fachkräftemangel.“*

Die Erfahrungen der kommunalen Amtsträger in West- und Ostdeutschland unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich, allerdings wird das starke ehrenamtliche Engagement deutlich häufiger durch Landräte und Bürgermeister aus dem Westen positiv hervorgehoben.

Die im Rahmen der Flüchtlingssituation 2015 und danach gesammelten Erfahrungen fallen zumindest im Nachhinein alles eingerechnet relativ positiv aus. Die Unterbringung und Versorgung stellte die Landkreise und Gemeinden zwar vor erhebliche Probleme, diese konnten aber nicht zuletzt durch das überaus hohe Engagement der Ehrenamtlichen vor Ort bewältigt werden. Bei der Unterbringung zeigt sich, dass eine dezentrale Verteilung auf kleinere Unterkünfte hilft, Konflikte mit den Bürgern vor Ort zu verhindern. Dennoch existieren weiterhin zahlreiche, langfristige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration.

2.2.3 Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur der in die Untersuchung einbezogenen Regionen unterscheidet sich erwartungsgemäß zum Teil nach der Prognos-Einteilung in Landkreise mit eher positiven, eher ausgeglichenen und eher negativen Zukunftschancen. So nennen Landräte und Bürgermeister aus Landkreisen mit positiven Zukunftschancen tatsächlich wesentlich häufiger positive als negative Aspekte, dagegen Gesprächspartner aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken vergleichsweise mehr kritische Gesichtspunkte. Hier wird ebenfalls analog zur Bevölkerungsentwicklung allerdings wieder deutlich, dass die so vorgenommene Einteilung der Landkreise nicht in jedem Fall der Wahrnehmung der Experten entspricht. So erwähnt immerhin etwa ein Drittel der Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken auch auf Nachfrage keine negativen Aspekte im Hinblick auf die bestehende Wirtschaftsstruktur.

Im Einzelnen heben die Interviewpartner aus **Landkreisen mit positiven Zukunftschancen** am häufigsten ihre diversifizierte, meist mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Unternehmensstruktur mit zahlreichen „Hidden Champions“ hervor. Zum Teil wird ebenso auf touristische Potenziale oder eine solide finanzielle Ausstattung der Kommune verwiesen:

- *„Dann haben wir noch so verschiedene handwerklich operierende Unternehmen, die einfach in jeweiligen Nischen Spitzenplätze belegen. Aber der Endkunde kennt uns selten.“*
- *„Wir haben natürlich schon sehr schöne facettenreiche mittelständische Unternehmen und damit sind wir auch ein Stück krisenresistent, wenn es irgendwo mal zwicket. Wir haben nicht irgendwelche Automobilzulieferer oder solche Abhängigkeiten, sondern wir sind sehr gesund gemixt.“*

In einzelnen Landkreisen mit positiven Zukunftschancen (bzw. Gemeinden innerhalb dieser Landkreise) lassen sich auch bestimmte Schwerpunkte wie Maschinenbau, Elektrotechnik oder Landwirtschaft ausmachen. Negative Gesichtspunkte im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation werden von Experten aus dieser Teilgruppe kaum hervorgebracht. Wenn Kritik erwähnt wird, dann handelt sie von Einzelaspekten, wie dem Verlust von Einzelhandelsgeschäften oder dem Fehlen von Hotels bzw. Pensionen.

Gesprächspartner aus **Landkreisen mit Zukunftsrisiken** heben auf der positiven Seite vor allem touristische Potenziale hervor, die allerdings noch nicht umfänglich ausgeschöpft werden konnten:

- *„Es gibt neu entstanden das ganze Segment Tourismus, was im Grunde genommen erst zaghaft so um die 2000er Jahre entstanden ist, seitdem aber deutlichen Raum gewonnen hat, was sowohl die Beschäftigungsstruktur wie die Wirtschaftskraft betrifft [...] mit steigender Tendenz.“*

Zwar nur halb so oft wie durch Experten aus Landkreisen mit positiven Zukunftschancen, aber immer noch durch jeden dritten Befragten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken wird die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur positiv hervorgehoben. Eine Möglichkeit auch mit begrenzter Wirtschaftskraft gewisse Erfolge zu erzielen, scheint zudem die weiter oben bereits erwähnte Konzentration auf Gesundheitsdienstleistungen zu sein (Kap. 2.2.2), die zumindest von drei Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken positiv erwähnt wird. Auf der negativen Seite werden hingegen zuvorderst Strukturprobleme und das Fehlen von Arbeitsplätzen akzentuiert:

- *„Es ist also wirklich von außen keinerlei Industrie oder Gewerbeansiedlung hierher gekommen... im Gegenteil, die, die seinerzeit über die Treuhand dann noch neue Investoren gefunden haben, haben mittlerweile zu fast 100 % ihre Geschäftstätigkeit [...] eingestellt.“*
- *„Es ist irgendwo auch aufgrund der Lage gefühlt eine abgehängte Region, die natürlich auch durch den Strukturwandel [...] vor der großen Gefahr steht, das zweite Mal nach der Wende, wo ja viel Industrie weggebrochen ist, wieder ins Hintertreffen zu geraten.“*
- *„Gewerbliche Arbeitsplätze müsste es noch mehr geben, denn viele Bürgerinnen und Bürger pendeln halt auch täglich in die Metropolen [...] Aber daran arbeiten wir, wir erschließen das Gewerbegebiet und versuchen durch bestimmte Maßnahmen, dort auch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.“*

Die Experten aus Landkreisen **mit ausgeglichenen Zukunftschancen** liegen mit ihren Einschätzungen zur Wirtschaftsstruktur tatsächlich zwischen den Bewertungen der anderen beiden Gruppen. Mehr als jeder Zweite von ihnen verweist auf die Potenziale im Tourismus, ähnlich häufig wird auch auf eine gesunde, meist mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Unternehmensstruktur verwiesen. Negative werden in drei dieser Landkreise hinsichtlich des Fehlens von Arbeitsplätzen und Strukturwandelprozessen beschrieben. Auch hier zeigt sich wie schon bei den Landkreisen mit Zukunftsrisiken, dass in einigen Regionen versucht wird, durch Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft eine ökonomische Nische zu finden:

- *„Fast direkte Metropolennähe [...] saubere Luft, sauberer Boden, also eigentlich etwas, was für Gesundheitswirtschaft höchst interessant ist.“*
- *„Die Menschen aus diesen Metropolen kommen zu uns, um zum Beispiel zu arbeiten, aber auch Erholung zu genießen. Und das sind natürlich auch arbeitsmarktpolitische Faktoren. Erholung und Gesundheit. Wir haben Reha-Kliniken, alles haben wir eigentlich zu bieten.“*

Darüber hinaus wird hierbei deutlich, dass eine entsprechende wirtschaftliche Schwerpunktsetzung nicht für jeden ländlichen Raum umsetzbar ist. Für Landkreise, die zu weit von bedeutenden Metropolen entfernt sind und / oder nicht über ausreichende soziale Infrastrukturen verfügen, dürfte es zudem angesichts der häufig gleichzeitig anzutreffenden Verschuldungsproblematik äußerst schwer fallen, von Grund auf eine prosperierende Gesundheitswirtschaft aufzubauen.

Die Bewertungen der wirtschaftlichen Situation bzw. der Wirtschaftsstruktur fallen somit zwar tatsächlich je nach Einordnung in Landkreise mit eher positiven, eher ausgeglichenen und eher negativen Zukunftschancen meist unterschiedlich aus. Generell wird bei positiver Bewertung zumeist eine mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Unternehmensstruktur hervorgehoben, im Falle einer selten vorgenommenen negativen Gesamtbewertung der wirtschaftlichen Situation Strukturprobleme und das Fehlen von Arbeitsplätzen.

2.2.4 Infrastruktur

Einer der wesentlichen Aspekte für die Lebensqualität im ländlichen Raum, mit dem sich auch die kürzlich ins Leben gerufene Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ beschäftigt, stellt die Frage nach der derzeitigen und zukünftigen Beschaffenheit der erreichbaren Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen dar. In diesem Zusammenhang sind einerseits die vorhandene technische Infrastruktur und andererseits die Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge bedeutend.

Dabei können sich zukünftig durchaus nicht nur Herausforderungen für Landkreise bzw. Gemeinden ergeben, die mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen konfrontiert sind, sondern auch für solche, die einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben und wo sich deshalb steigende Erwartungen im Hinblick auf die (soziale) Infrastruktur vor Ort ergeben können. Im Zuge der Expertengespräche wurde demzufolge versucht dieses Thema möglichst breit zu erörtern, um einen vollständigen Eindruck von der gegebenen Verkehrs- und ÖPNV-Infrastruktur, der Qualität der digitalen Infrastruktur, der Bildungs- und Schulangebote sowie der Gesundheitsversorgung und der Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten.

Anfangen bei der **Verkehrsinfrastruktur** zeigen sich zum einen deutliche Unterschiede je nach Lage des Landkreises bzw. der Gemeinde, zum anderen aber auch bestimmte Gemeinsamkeiten zwischen den ländlichen Regionen. So stellt im Bereich des **ÖPNV** die Nahanbindung mit Bussen innerhalb eines Landkreises bzw. zu den Nachbargemeinden stets ein Problem dar, da die niedrigen Fahrgastzahlen nur eine rudimentäre Taktung erlauben und auch alternative Modelle wie entgeltliche Rufbus-Systeme bislang eher nur verhalten angenommen werden. Einzig für die in die Untersuchung einbezogenen Landkreise, die sich im Umland von Metropolen befinden, stellt sich die Situation in diesem Zusammenhang etwas besser dar. Hauptverkehrsmittel bleibt deshalb im ländlichen Nahbereich in den meisten Fällen das Auto:

- *„Schwierig ist es natürlich, kleinste und kleine Dörfer dauerhaft zu verbinden. Das ist auch so, dass es manchmal bis auf den Schülerverkehr dann schwierig ist mit dem Busverkehr. Wir geben uns zwar Mühe, aber eine Buslinie im Stundentakt für 120 Einwohner zu organisieren, das geht nicht.“*
- *„Also die setzen sich ja lieber ins Auto, fahren zum Arzt [...] Die fahren lieber, ganz einfach aus dem Grund, weil sie sagen: Dann kommt der Bus um zwölf. Ich bin um neun fertig - was mache ich da dann?“*

Häufig sind die Taktungen der wenigen Busverbindungen innerhalb des unmittelbaren Nahverkehrs an den Schulzeiten orientiert, um die Schüler morgens zu den Bildungseinrichtungen zu bringen und nachmittags wieder abzuholen. Außerhalb dieser Zeiten existieren oftmals keine regulären Busverbindungen, weshalb ein Teil der ländlichen Landkreise bzw. Gemeinden das bereits erwähnte Rufbus-System für die Bürger eingeführt hat. Allerdings gibt es in einigen Landkreisen durchaus Bestrebungen, vom „Schulbus-System“ abzurücken und eine engere Verknüpfung der regulären Buslinien an bestehende Bahnverbindungen herzustellen oder die Rufbus-Modelle auszuweiten bzw. zu „modernisieren“:

- *„Die Bestellung des Busverkehrs durch [...] kreisliche Busunternehmen ist in der Regel so organisiert gewesen [...], dass die Busse so fahren, dass die Kinder früh im Zweifel von ihren Wohnorten abgeholt werden und so pünktlich zur Schule gebracht werden [...]. Dann gibt es über den Tag verteilt zwei, drei Buslinien, die da im ländlichen Raum fahren. Und dann gibt es am Nachmittag noch mal gezielt die Linien, die im Einsatz sind, um nach dem Schulklingeln an der Schule zu stehen und alle Kinder dann sternförmig wieder nach Hause zu fahren. Von dem System haben wir uns für einen Teil des Landkreises [...] verabschiedet [...]. Wir haben die Busse so fahren lassen, dass sie jetzt nicht mehr verknüpft sind mit dem Schulklingeln in der*

Schule, sondern dass sie so verknüpft sind, wie im nächstgelegenen Ort die S-Bahn [...] oder die Regionalbahn [...] abfährt.“

- *„Wir haben vor einigen Jahren ein [...] Projekt aufgelegt [...] eine Mischung aus Bedarfsfahrten und Linienfahrten [...]. Das heißt, man kann den Bus bestellen, aber zu bestimmten Haltestellen und der fährt nur in der Woche von morgens bis abends, nicht am Wochenende [...] Das sind so kleine Achtsitzer, die behindertengerecht sind, rollstuhlgerecht. Und wo wir auch Fahrräder mitnehmen können, die hier durch die Gegend fahren und immer mehr angenommen werden. [...] Wir haben eine Mobilitätszentrale, wo man dann anrufen kann oder man kann es auch im Internet machen - wir wollen das alles auch noch mehr digitalisieren. Aber gerade für ältere Menschen, die zum Arzt wollen oder zum Krankenhaus wollen, ist das natürlich eine sehr hilfreiche Geschichte.“*

In einigen Landkreisen bzw. Gemeinden werden neben den Rufbussen auch sogenannte Bürgerbusse eingesetzt, die ehrenamtlich bedient werden und die Bürger teils von der Haustür abholen und schließlich dort wieder aussteigen lassen. Diese Bürgerbusse können aus Expertensicht allerdings nur ergänzend zum regulären ÖPNV-System betrachtet werden, weil unsicher ist, inwieweit das ehrenamtliche Engagement durch die Bürger zukünftig aufrecht erhalten bleibt. Zudem wird in diesem Zusammenhang vereinzelt auch von Widerständen durch Taxiunternehmen berichtet, die ihre Geschäftsgrundlage hierdurch bedroht sehen.

Die ÖPNV-Anbindungen an den Regional- und Fernverkehr durch Bahnlinien, die über den unmittelbaren Nahverkehr hinausgehen, werden insgesamt deutlich positiver und unproblematischer angesehen, wenngleich teils höhere Taktungen wünschenswert wären. In der Regel schätzen die Experten, wenn erst einmal der nächstgelegene Bahnhof erreicht ist, die Situation besser ein, als im Nahverkehr innerhalb des Landkreises. Je nach Lage des Landkreises bzw. der Gemeinde ergeben sich aber dennoch Probleme bei der Anbindung an (weiter entfernte) Großstädte bzw. andere zentrale Orte der Raumordnung (Ober-, Mittel- und Unterzentren). Dagegen stehen Landkreise im Umland zu einer größeren Metropole zum Teil vor dem Problem, dass die ÖPNV-Kapazitäten dieser anliegenden Großstädte überlastet sind.

Beim Zustand des **Straßennetzes** fallen die Bewertungen durch die befragten Landräte und Bürgermeister insgesamt relativ gut aus. In den meisten Fällen wird die Anbindung an Autobahnen und Bundesstraßen generell positiv hervorgehoben, Ausnahmen hiervon bilden allerdings lagebedingt zwei ostdeutsche Landkreise:

- *„[Wir sind] äußerst schwierig verkehrstechnisch angebunden. Zu jedem Autobahnanschluss circa fünfzig Kilometer Entfernung, über Flughäfen will ich mal gar nicht sprechen.“*
- *„Wir wären sicher glücklicher gewesen, wenn die [Autobahn] als die damals gebaut wurde, ein bisschen dichter bei uns rangekommen wäre [...] Das ist sicher auch ein kleines Hindernis für eine Ansiedlung hier.“*

Daneben werden trotz des insgesamt positiven Bildes auch in anderen Landkreisen bzw. Gemeinden Defizite angesprochen. Insbesondere Experten aus Landkreisen in Metropolnähe beklagen ein hohes Verkehrsaufkommen, dass die bestehende Straßenverkehrsinfrastruktur teilweise an Belastungsgrenzen bringt:

- *„Aber wir haben auch Verkehrszahlen auf den Straßen im Stadtgebiet [...], wo wir teilweise an die 30.000 Autos am Tag haben. Da muss ich dann schon immer schmunzeln, wenn Kollegen aus der Oberpfalz eine Bundesstraßenverlegung vehement fordern, weil sie nahezu 5.500 oder 6.000 Kfz am Tag haben.“*

Beim Zustand der gegebenen **digitalen Infrastruktur**, also der Verfügbarkeit von schnellen und stabilen Internetverbindungen (Breitband oder mobil), zeigt sich hingegen ein spürbar kritischeres Bild. Zwar sind meistens Bemühungen zu erkennen den **Breitbandausbau** voranzutreiben und „weiße Flecken“ bei der Versorgung zu erschließen, allerdings sehen die Interviewpartner in vielen Fällen noch weiteren Nachholbedarf und bemängeln besonders den Fortschritt des bisherigen Ausbaus, der viel zu lange von der Politik auf Landes- und Bundesebene vernachlässigt wurde. Dem Thema wird dabei auch deshalb so eine große Bedeutung beigemessen, weil sich durch die Digitalisierung bei entsprechend vorhandener Infrastruktur neue wirtschaftliche Chancen eröffnen:

- *„Der größte Nachteil bisher in dieser Entwicklung war das Abgehängtsein von einem schnellen Internet, und das passiert nun peu à peu, leider sehr zögerlich und noch nicht flächendeckend. Das ist der größte Wachstumshemmer für den kleinen und Mittelstand.“*
- *„Wir waren bis vorletztes Jahr Internetentwicklungsland sozusagen, also miserable Breitbandqualität. Glücklicherweise mit Hilfe des Landkreises sind wir jetzt so weit vorangekommen, dass wir seit letztem Jahr überall [...] mindestens 30 Mbit/s-Versorgung haben.“*
- *„Der Kreis baut selber im Moment ein Netz auf, kommunal, weil der Markt es nicht hergibt. Das ist wie so oft: Die große Politik und die Unternehmen versagen und die kommunalen Träger vor Ort, so dass sie es denn wirtschaftlich leisten können, springen in die Bresche.“*

Insgesamt wünscht sich in diesem Bereich eine Mehrheit der kommunalen Amtsträger mehr Förderung und Unterstützung auf Landes- und Bundesebene (vgl. auch Kap. 3.4), auch indem durch staatliche Regulierung zügiger flächendeckende Lösungen erreicht werden, die der freie Markt aufgrund seiner Beschaffenheit nicht gewährleisten kann:

- *„Man hat damals bei der Zerschlagung des Postmonopols vielleicht vergessen, dieser Telekom als Nachfolgeorganisation zu sagen, ihr habt aber auch ein paar Eckpunkte zu erfüllen, nämlich die Infrastruktur in der digitalen Welt auf dem Stand der Dinge zu halten [...] Heute laufen wir mit der großen Geldkarre hinter solchen Unternehmen her, und die nehmen es noch nicht mal, weil die sagen: Auch selbst wenn ich die zehn Millionen kriege, 250 km Kabel im Kreis zu verlegen, da ist ja die Anschlussdichte gar nicht so hoch, wie ich sie mir vorstelle. Das geht so nicht, da hat der Bund Eckpunkte zu machen.“*

Von positiven Beispielen wird vor allem dort berichtet, wo staatliche Fördermaßnahmen stattgefunden haben. Zudem ist auffällig, dass insbesondere die in die Untersuchung einbezogenen Landkreise im Süden Deutschlands (Bayern, Baden-Württemberg) hier positiv bei der Entwicklung hervorstechen:

- *„Wir waren einer der ersten Landkreise in Deutschland, der eine Bundesförderung für den Breitbandausbau, für die Breitbandentwicklung flächendeckend hatte [...] Wir haben hier 98% VDSL2 mit 50 Mbit/s am Haushalt verfügbar. Wir sind gerade dabei[...] diese Mini-Ortschaften und Aussiedlerhöfe mit Glasfaser anzubinden und haben mittlerweile auch schon eine Glasfaserverkabelung in den Orten begonnen. Also kabelinfrastrukturell läuft es richtig gut.“*
- *„[Breitbandversorgung] Ist gegeben, weil das Land Bayern ja hier ganz große Förderung im Breitband hat und da sind wir immer auf den Zug gesprungen, also bei allen Förderungen, die rausgekommen sind, [sind wir] mit dabei. Wir sind auch sehr unterstützt worden. Das klappt also.“*

Auch in den anderen untersuchten ländlichen Regionen Deutschlands lassen sich allerdings im Breitbandbereich zumindest Fortschritte in den letzten Jahren erkennen, wenngleich Ausbaustufen lediglich bis 30 oder 50 Mbit/s zumindest mittelfristig erneut als problematisch angesehen werden.

Kritischer als der Bereich der stationären Internetanbindungen wird die Verfügbarkeit von schnellen **mobilen Datenverbindungen** eingestuft. Hierzu äußert sich lediglich eine Expertin positiv, während ansonsten ausschließlich kritische Anmerkungen aus ganz unterschiedlichen Regionen abgegeben werden. Wiederum wird zudem Kritik an der Politik auf den höheren Ebenen aufgrund unzureichender staatlicher Steuerung deutlich:

- *„Man [hat] den Eindruck, dass die Mobilfunkversorgung in der letzten Zeit auch noch schlechter geworden ist.“*
- *„Mobilfunk, da ist wieder der Nachteil der dünnen Besiedelung. [...] Da muss ich ganz ehrlich sagen, das ist doch von der großen Politik sicherlich verschlafen worden. Wenn ich mir andere angucke, auf jeden Fall, dann bleibt es einfach der privaten Wirtschaft überlassen. Und da kann ich schon nachvollziehen, dass die private Wirtschaft, die Mobilfunk anbietet, natürlich guckt, wo habe ich genügend Einnahmen. In einer Ortschaft, wo nur hundert Anschlüsse oder hundert Einwohner sind, da werden die nicht unbedingt einen Mast hinstellen. Das hätte man von politischer Seite aus schon vor Jahren ändern können oder müssen.“*
- *„Wir sind ein Stück weit gefangen in der Bundesgesetzgebung, die nachteilig ist in dem Bereich für die ländlichen Räume. Warum? Weil durch die Privatisierung dieser Geschichte [...] natürlich nur die Bereiche abgedeckt werden, wo es Menschen gibt oder wo die Bevölkerungsdichte hoch ist, wo also essentielle Umsätze und Einnahmen zu generieren sind. Das ist nicht der ländliche Raum, sondern das sind die Städte. [...] Hier ist dringender Nachholbedarf, der aber so nicht praktisch umgesetzt wird. Warum? Weil es bei den Vorgaben des Bundes um die Versorgung eines bestimmten Anteils der Bevölkerung geht, aber nicht der Fläche.“*

Die große Bedeutung des Themas Digitalisierung für eine erfolgreiche Entwicklung der ländlichen Räume zeigt sich auch immer wieder im weiteren Verlauf der Leitfadengespräche, wenn die zukünftigen Herausforderungen (Kap. 3.2) und die Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik thematisiert werden (Kap 3.4).

Im Bereich der **Gesundheitsversorgung** werden in der Bewertung der derzeitigen Situation spürbare Unterschiede zwischen kommunalen Amtsträgern aus Landkreisen mit positiven, ausgeglichenen und negativen Zukunftschancen deutlich. Während für erstere die positiven Einschätzungen noch überwiegen, halten sich die positiven und negativen Nennungen von Experten aus den Landkreisen mit Zukunftsrisiken bzw. einem Chancen-Risiken-Mix die Waage. Zwar kann die hausärztliche Versorgung mit Ausnahme von zwei sehr kleinen Gemeinden bislang in allen in die Untersuchung einbezogenen Regionen aufrechterhalten werden, allerdings sind mit Hinblick auf das hohe Durchschnittsalter der Ärzte mittel- oder sogar kurzfristig Versorgungsprobleme zu erwarten. Bereits heute fällt es einigen Landkreisen schwer, Arztpraxen neu zu besetzen. Folglich müssen die Patienten teilweise längere Anfahrtswege oder Wartezeiten in Kauf nehmen, da die Anzahl der Ärzte im Vergleich zu früheren Zeiten bereits abgenommen hat:

- *„Sicherlich gibt es auch bei uns unbesetzte Hausarztstellen im einstelligen Bereich, da schwanken die Informationen immer so ein bisschen, vier bis fünf dürften es wohl sein. Das wäre natürlich schöner, wenn wir die alle besetzt hätten, aber es ist im Moment nicht so, dass wir richtig extrem unterversorgte Bereiche im Landkreis hätten. Trotzdem ist es natürlich immer auch ein bisschen Kampf darum, die Versorgung abzusichern.“*
- *„Es hat eine Verschlechterung gegeben, weil wir zwei Arztpraxen hatten, die haben beide Nachfolger gesucht. Wir haben die auch unterstützt, haben bundesweit Annoncen aufgegeben, aber vor ein paar Jahren wollte keiner hier [zu uns]. Mittlerweile ist es anders, mittlerweile auch durch*

das Programm der Regierung, auch junge Ärzte dazu zu kriegen, diese Allgemeinärztausbildung zu machen.“

Positiv auf die Bewertung der Gesundheitsversorgung vor Ort wirkt sich das Vorhandensein einer Klinik aus, die ggf. auch Teile der fachärztlichen Grundversorgung mit übernehmen kann.

Hinsichtlich der **Bildungs- und Schulangebote** zeigen sich bislang kaum strukturelle Probleme. In den meisten Fällen wird von einem guten und umfassenden Angebot berichtet, bei dem sich wenigstens eine Grundschule häufig noch vor Ort befindet und weiterführende Schulen zumindest ohne allzu weite Fahrwege erreichbar sind:

- *„Wir haben also kleinere Bildungseinrichtungen bei uns, drei Gymnasien - hat eine normale Kreisstadt noch nicht mal. Und da sind aber zwei Internate mit dabei. Die haben ja auch einen überregionalen Einzugsbereich.“*
- *„Eine gute Schulsituation, noch genügend Kita-Plätze. Also eigentlich die besten Voraussetzungen für einen prädestinierten Wohnort.“*
- *„Ist eigentlich bei uns relativ gut, muss ich echt sagen. Da sind wir auch ein bisschen stolz. Wir sind gerade dabei, vielfach Schulen, Kindergärten, Horte zu sanieren mit verschiedenen Fördermöglichkeiten, die wir eben haben. Es läuft.“*

Lediglich Bürgermeister bzw. Landräte aus drei Landkreisen nennen im Zusammenhang mit den Bildungsangeboten überhaupt negative Gesichtspunkte. In diesen wenigen Fällen ist die Bildungsvorsorgung aufgrund tatsächlicher oder potenzieller Schulschließungen oder dem Fehlen von Lehrkräften bedroht.

Bei der **Kinderbetreuung** lagen zwar aufgrund von steigendem Bedarf in einigen Fällen in der Vergangenheit bereits Herausforderungen vor, die zu bewältigen waren, alles in allem wird der derzeitige Entwicklungsstand aber positiv beurteilt. Nur in einem Fall wird durch einen Experten auf fehlendes Kita-Personal verwiesen. Allerdings wird von der Landes- und Bundespolitik für die Zukunft hierbei weiterhin Unterstützung erwartet (vgl. Kap. 3.4).

Ein differenziertes Bild ergibt sich hingegen bei der Beurteilung der **Einkaufsmöglichkeiten vor Ort**. Während Experten aus Landkreisen mit positiven Zukunftschancen und Metropolnähe die Lage diesbezüglich bei Ihnen vor Ort überwiegend positiv beurteilen, fallen die Urteile von den Bürgermeistern und Landräten aus den Landkreisen mit ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen unterschiedlich aus. Zwar ist die Grundversorgung mit Lebensmitteln auch in diesen Landkreisen bzw. Gemeinden zumindest durch kleine Geschäfte oder Hofläden in der Regel noch gegeben und es müssen keine allzu weiten Anfahrtswege in Kauf genommen werden, allerdings wurde in der Vergangenheit ein deutlicher Verlust an Einzelhändlern beklagt:

- *„Sämtliche Einkaufsmöglichkeiten [sind] so gut wie weg, also in der Richtung [ist] sehr, sehr viel weggebrochen.“*
- *„Wir leiden vom Prinzip her wie fast jede Stadt am Sterben der Einzelhändler, was [...] insbesondere auch auf die Internetkäufe zurückzuführen [ist]. Aber auf der anderen Seite hat es auch was mit der Altersstruktur zu tun [und] mit der Vergangenheit [der Region]“.*

- *„Hier hat es unheimlich viele Geschäfte gegeben. Wir haben jetzt keine mehr. Wir haben noch eine Metzgerei und wir haben noch eine Apotheke. Und ein Polsterei-Gardinen-Geschäft. Dann gibt es ein Fotogeschäft...aber hier waren damals 60, 70 Geschäfte, so in den 50er Jahren.“*

In diesem Zusammenhang wird vereinzelt auch der Verlust von Bankautomaten oder Apotheken angesprochen, der sich ebenfalls negativ auf die Grundversorgung der Bürger auswirkt.

Die Bewertungen der **Freizeit- und Kulturangebote** vor Ort fallen einerseits insgesamt relativ positiv aus, andererseits bestehen in einigen Bereichen durchaus Defizite oder negative Entwicklungen. Fast durchweg können sich die Bürger über ein großes Angebot von Freizeitaktivitäten in den örtlichen Vereinen inklusive zahlreicher kleiner und mittelgroßer über das Jahr verteilter stattfindender Veranstaltungen freuen. Ebenso sind zahlreiche Naherholungsmöglichkeiten „im Grünen“, typischerweise für den ländlichen Raum, in ausreichendem Maße verfügbar. Bei den Angeboten für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen werden hingegen Defizite besonders für Landkreise und Gemeinden, die keine gute Anbindung an größere Ballungszentren besitzen, deutlich. Ebenfalls ist die Vielfalt der Angebote im Bereich der Gastronomie teilweise eingeschränkt und hat sich in den letzten Jahren häufig verschlechtert:

- *„Was ein bisschen fehlt ist das, was die Jugend anbetrifft. Wir haben kein Kino vor Ort, wir haben keine Diskothek vor Ort, keinen Club, was die jungen Menschen eben [...] auch unheimlich gern haben.“*
- *„Uns fehlt es so ein bisschen an Angeboten, die auch Jugendliche gut finden, Disco-Angebote oder so, das könnte hier ausgefeilter sein. Da gibt es hier wenige Variationsmöglichkeiten. Auch wenn man im urbanen Raum vielleicht immer nur seine zwei, drei Stammlokale aufsucht, ist hier die Wahl nur schwer möglich, weil es eigentlich fast nur Monopolisten gibt in so einem ländlich geprägten Raum.“*

Bei Metropolnähe lassen sich dagegen teilweise Schwierigkeiten ausmachen, die Freizeitangebote vor Ort aufrecht zu erhalten, da im Zweifel aufgrund der größeren Auswahl dennoch Möglichkeiten der nahen Großstadt den eher limitierten Ausgelmöglichkeiten vor Ort vorgezogen werden.

Insgesamt ergeben sich bei der Infrastruktur im Bereich des ÖPNV Verbesserungspotenziale und zwar insbesondere im unmittelbaren Nahverkehr. Hierbei zeigen sich des Weiteren keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Gemeinden mit positiven, ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen, sondern die Schilderungen der Landräte und Bürgermeister unterscheiden sich viel mehr im Hinblick auf die Lage des Landkreises bzw. der Gemeinde bezüglich einer Metropolnähe bzw. -ferne. Im Vergleich zum ÖPNV scheint zumindest der grundsätzliche Ausbau des Straßenverkehrsnetzes – abgesehen von den oben beschriebenen Ausnahmen - ein etwas geringeres Problem darzustellen, wenngleich im Hinblick auf den Zustand der Straßen durchaus Ausbau- oder Sanierungsbedarf vorliegt (vgl. Kap. 3.1 zu den Zukunftsherausforderungen).

Während bei der Versorgung mit schnellen Breitbandverbindungen zwar trotz einer als meist zu langsam empfundenen Ausbaugeschwindigkeit in letzter Zeit aufgrund verschiedener Fördermaßnahmen spürbare Verbesserungen wahrgenommen werden, fällt die Bewertung der Verfügbarkeit von schnellen mobilen Datenverbindungen noch kritischer aus. In beiden Fällen wünscht sich eine Mehrheit der Experten mehr staatliche Steuerung, um den Ausbau auch in dünn besiedelten Räumen voranzutreiben.

Die Beurteilung der Gesundheitsversorgung durch die Experten fällt relativ unterschiedlich aus. Während für Befragte aus Landkreisen mit hohen Zukunftschancen die positiven Einschätzungen noch überwiegen, fallen die Urteile von Experten aus den anderen Landkreisen ambivalent aus. Zwar kann die hausärztliche Versorgung derzeit fast immer noch aufrechterhalten werden, aller-

dings sind mit Hinblick auf das hohe Durchschnittsalter der Ärzte mittel- oder sogar kurzfristig Versorgungsprobleme zu erwarten. Bei den Bildungs- und Schulangeboten zeigen sich bislang hingegen kaum strukturelle Probleme, den derzeitigen Entwicklungsstand bei der Kinderbetreuung empfindet ebenso ein Großteil der Experten als ausreichend, wenngleich hier für die Zukunft weiterhin Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik erwartet wird. Die Einschätzungen zu den Einkaufsmöglichkeiten und den Freizeit- und Kulturangeboten hängen relativ stark mit der räumlichen Nähe zu einer Metropole zusammen, die das insbesondere für Jugendliche teilweise begrenzte Angebot vor Ort ergänzen können. Dies gilt vor allem für solche Landkreise, denen keine positiven Zukunftschancen bescheinigt werden.

2.2.5 Gemeindeleben

Neben der bisher erörterten Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie der sozialen und technischen Infrastruktur spielt bei der Betrachtung der Lebensverhältnisse ländlicher Räume das **Gemeindeleben** eine zentrale Rolle. Denn in ländlichen Regionen besitzen Vereinsleben und Gemeinschaftsgefühl eine besondere Tradition. Wie sich beispielsweise eingangs dieses Kapitels bereits im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation gezeigt hat, kann ehrenamtliches Engagement der Bürger einen großen Beitrag zur Bewältigung kurzfristiger Herausforderungen leisten. Bereits in Verbindung mit der Mobilität wurde mit den so genannten Bürgerbussen eine Möglichkeit erwähnt, bei der die Bürger zur infrastrukturellen Entwicklung ihrer Gemeinde beitragen.

Nach Meinung der Landräte und Bürgermeister ist die Ehrenamtsstruktur momentan noch überall intakt und ein vielfältiges und reges Vereinsleben findet statt:

- *„Ich habe den Eindruck, dass das Vereinsleben und das ehrenamtliche Engagement extrem stark ausgeprägt sind, vielleicht auch eine Besonderheit des besonders ländlich geprägten Raumes, dass im dörflichen Milieu jeder in irgendeinem Verein irgendwie unterwegs ist, gefühlt. Die meisten auch in vieren oder fünfen. Starke Strukturen in den klassischen Bereichen Sport, Feuerwehr und dann natürlich auch in dem einen oder anderen Nebenbereich.“*
- *„Also das ist das große Pfund, das wir haben. Der Reichtum, den wir haben, nicht nur durch die Region, so wie sie ist mit viel Natur und sauberer Luft und wenig Verkehr und all diesen Dingen, das führt manchmal zu negativen Dingen in punkto Infrastruktur. Was wir haben, wir haben eine super Infrastruktur, was das dörfliche Leben, was das Vereinsleben betrifft. Also ich kann gar nicht sagen, wie viele Vereine wir haben. [...] Und da ist es so, dass wir manchmal im Veranstaltungskalender kaum mehr Termine dazwischen finden, wo wir eine kommunale Sache dazwischenschieben können.“*
- *„Unterm Strich, wir können uns überhaupt nicht beschweren, die Feuerwehr steht gut da, das Gemeindeleben steht da, also Sportvereine, Parteipolitik, das funktioniert. Nicht in jedem Dorf in gleicher Weise, aber über alles gesehen, können wir da sehr zufrieden sein.“*

Das Ausmaß des Gemeindelebens ist nicht vorrangig von der Wirtschaftsstärke eines Landkreises abhängig, sodass die Strukturen in allen untersuchten Regionen grundsätzlich funktionieren. Lediglich in zwei der untersuchten Landkreise in den neuen Bundesländern wird von Problemen zumindest in den ganz kleinen Ortschaften berichtet, in denen bereits heute die Aufrechterhaltung der ehrenamtlichen Strukturen schwierig ist. In allen Untersuchungsgebieten wird versucht, die bestehenden Strukturen aktiv zu fördern. Diese Maßnahmen reichen von rein finanzieller Unterstützung bis hin zu verschiedenen Projekten, um Nachwuchs an die Vereine heranzuführen, beispielsweise durch Ehrenamtsbörsen oder Vereinsprogramme für Kinder und Jugendliche:

- *„Da haben wir natürlich ein breites Spektrum, von total gut, mit allem, was dazugehört: Aktive Vereine, ein Bürgermeister, der das mit unterstützt und die entsprechenden Infrastrukturgegebenheiten auch unterhält und baut. Bis eben in den kleinen Ortschaften, wo es zwanzig, dreißig Einwohner gibt, wo es nicht mehr geht. Wir unterstützen das auch vom Kreishaushalt, was den Sportbund anbelangt, dass wir hier tatsächlich ein aktives Vereinsleben unterstützen. Wir versuchen auch, die Feuerwehren am Leben zu erhalten, weil das eine der wesentlichen Säulen in der Kommune ist.“*
- *„Wir haben mit den [...] evangelischen Kirchenkreisen eine Freiwilligenagentur aufgebaut, wo wir Menschen zum Ehrenamt heranführen, ihnen Angebote unterbreiten. Wir haben jetzt seit zehn Jahren einen kreisweiten Freiwilligentag organisiert und durchgeführt, was ja eher für Großstädte so ein Thema ist.“*
- *„Wir tun ein bisschen was dafür, wir haben beispielsweise als Verbandsgemeinde so ein Kinderferienprogramm jedes Jahr in Zusammenarbeit mit den Vereinen, den örtlichen, die da mitmachen. Das sind immer ganz viele, und da können die Kinder einfach mal gucken, ob sie die Aktivitäten mitmachen, und das eine oder andere Kind geht dann auch in so einen Verein dann.“*

Trotz der bislang gut funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen zeichnen sich zukünftig allerdings Nachwuchsprobleme insbesondere bei der Übernahme von Funktionen in Vereinen oder auch im Bereich der Kommunalpolitik ab. Bereits heute sind es häufig vor allem ältere Bürger, die teilweise gleich mehrere Aufgaben in verschiedenen Vereinen übernehmen, damit diese ihre Arbeit weiterführen können. Während im Bereich des kurzfristigen Engagements für ein bestimmtes Thema oftmals kein Problem vorherrscht, ausreichend viele Bürger zu mobilisieren, schrecken insbesondere viele Jüngere aus Sicht der Experten vor der Übernahme längerfristiger Aufgaben zurück:

- *„Aber auch dort ist es so, dass wir zunehmend merken, dass es schwierig wird, Nachwuchs im ehrenamtlichen Bereich zu finden. Das heißt, wir haben die so genannten Multifunktionäre in vielen Vereinen, das heißt, sie sind nicht nur in einem Verein engagiert, sondern in mehreren Vereinen.“*
- *„Ich glaube, dass wir eine außerordentlich hohe bis an die Grenze gehende Ehrenamtsbereitschaft haben. Ich muss aber natürlich auch die Realität sehen, dass sich gerade junge Menschen, aber auch vom Mittelalter her, eben nicht mehr in diesem Sinne in ein Ehrenamt binden lassen. Die sind eher punktuell bereit ehrenamtlich tätig zu sein, aber nicht dauerhaft.“*
- *„Es gibt noch sehr viel Ehrenamt, es wird noch viel über die Vereine gemacht. Aber auch die Vereine haben natürlich die Schwierigkeit, dass ihre, gerade die Vorstände, wie auch in der Kommunalpolitik – da ist das Gleiche - sehr überaltern. Und jüngere, Mittelalterschicht zwischen 30 und 50 engagiert sich gern für ein bestimmtes Thema, Projekt: Wir bauen den Kindergarten neu, oder strukturieren die Schule um oder sonst was. Ein konkretes Thema. Aber zu sage: Ich gehe mal über mehrere Jahre konstant in einen Verein, Vereinsvorstand oder mache fünf Jahre Kommunalpolitik auf allen Ebenen, das wird immer schwieriger, da Freiwillige zu finden.“*
- *„Wir spüren natürlich auch die älter werdende Bevölkerung im Sinne von Nachfolger zu finden. Und wir spüren auch, dass die Menschen in vielen Fällen nicht mehr bereit sind, sich auf ein Leben zu binden, ob es eine Partei ist, ob es die Kirchengemeinde ist oder ein Sportverein. Man spürt eher eine punktuelle, temporäre Einsatzbereitschaft, also für ein bestimmtes Thema. Das mag mal das Dorfhaus sein, das erneuert werden muss. Das ist jetzt die Flüchtlingsthematik. Aber diese langfristigen Bindungen sind im Moment eher problematisch, das spüren wir auch bei der Feuerwehr.“*

Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der langjährigen Forschung, welche die GMS zum Thema bürgerschaftliches Engagement schwerpunktmäßig in Bayern durchgeführt hat. In Gemeinden bzw. Landkreisen, die durch Zuzüge eine stark veränderte Bevölkerungsstruktur aufweisen, kommt als zusätzliche Schwierigkeit hinzu, dass die neuen Bewohner hinsichtlich ehrenamtlichen Engagements häufig erst einmal zurückhaltender sind, als die Bürger, die schon länger im Ort leben. Dies hängt aus Sicht der Experten damit zusammen, dass gerade für die Neu-Hinzugezogenen aus umliegenden Metropolen die Wohngemeinde lediglich als „Schlafort“ verstanden wird und sich kulturelles Leben und Freizeitaktivitäten dann häufig noch in der Stadt abspielen, in der sie ihren Beruf ausüben:

- *„Die Ehrenamtlichenarbeit, sei es in der Politik, sei es in der Feuerwehr, sei es in Vereinen oder sonst wo, wird überwiegend von Leuten geleistet, die hier, sagen wir mal, sehr stark verwurzelt sind. Und dieser Personenkreis wird logischerweise geringer durch die veränderten Strukturen in der Gemeinde.“*
- *„Ansonsten ist es eher schwierig, weil viele natürlich neben dem Beruf ihre Kommune mehr als Schlaf- und Aufenthaltsort verstehen, denn als Gemeinde, die noch ehrenamtliches Mitmachen erfordert [...]“*

Auf der anderen Seite können die ehrenamtlichen Strukturen als ein wichtiges Vehikel dienen, um neue Bewohner in das Gemeindeleben zu integrieren und so den Zusammenhalt zwischen den alteingesessenen Bürgern und den „Neuankömmlingen“ zu fördern:

- *„Ich bin selber zugezogen hier ...einmal ist natürlich vorteilhaft, wenn Sie Kinder haben, weil man über die Kinder natürlich sehr schnell andere Menschen kennenlernt und dann auch sehr schnell reinkommt über diesen gemeinsamen Bezug. Ansonsten ist es wirklich sinnvoll, dass man versucht in Vereine zu gehen [...] Da sollte man sich dann aktivieren und da hingehen, dann kriegt man auch Kontakte. Wenn man das nicht tut, wird es schwierig.“*

In diesem Zusammenhang werden noch weitere Ansatzpunkte diskutiert, um Zugezogene für die verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen und Aufgaben zu aktivieren. Sollte sich in Zukunft aufgrund der zunehmenden Möglichkeiten des Arbeitens von zuhause aus („Home Office“) der Arbeitsschwerpunkt stärker in die Wohngemeinde verlagern, verringern sich hinsichtlich der räumlichen Entfernung und des Faktors „Zeit“ einige Hürden, die einem Engagement in Vereinen entgegenstehen können. Allerdings bleibt offen, ob dadurch die grundsätzliche Bereitschaft zu längerfristigem Engagement nachhaltig wieder ansteigt (vgl. auch Kap. 3.3 zu den Erwartungen an die Bürger).

Hinsichtlich des Gemeindelebens lässt sich alles in allem festhalten, dass die Ehrenamtsstruktur derzeit noch in allen untersuchten Regionen intakt ist und im Regelfall ein reges Vereinsleben stattfindet. Die kommunalen Amtsträger versuchen zudem durch verschiedene Maßnahmen wie Ehrenamtsbörsen oder Programme für Kinder und Jugendliche motivierten Nachwuchs an die Vereine heranzuführen. Trotzdem zeichnen sich mit dem Blick auf die Zukunft Nachwuchsprobleme besonders hinsichtlich der Übernahme von Funktionen in Vereinen ab, da sich das ehrenamtliche Engagement hin zu mehr kurzfristigen, punktuellen Formen verändert und zudem das Berufsleben heute weniger Zeit für dauerhafte Ehrenamtsarbeit lässt.

2.3 Unterschiede zu anderen ländlichen Gebieten in Deutschland

Nach der „Bestandsaufnahme“ zu ihrer Gemeinde bzw. zu ihrem Landkreis wurden die kommunalen Amtsträger gebeten, einen **Vergleich der Situation mit anderen ländlichen Gebieten in**

Deutschland vorzunehmen. Aufgrund der Vielseitigkeit der ländlichen Räume in Deutschland ist ein solcher Vergleich einigen Experten schwer gefallen, sodass zunächst ein Drittel hierzu keine Einordnung ihrer Gemeinde bzw. ihres Landkreises abgeben konnte oder wollte. Letztendlich versuchten sich aber dennoch die meisten Gesprächspartner an einer Einordnung.

Landräte oder Bürgermeister aus Landkreisen mit **eher positiven Zukunftschancen** sehen ihre Region überdurchschnittlich häufig hinsichtlich der wirtschaftlichen Stärke, finanziellen Ausstattung und Infrastruktur besser aufgestellt als andere ländliche Regionen:

- *„Es ist immer schwierig sich mit anderen Gebieten zu vergleichen, weil man natürlich nicht so reinschaut. Wenn man ein bisschen unterwegs ist in der Bundesrepublik, dann sieht man natürlich schon ein großes Gefälle, ein gewisses Nord-Süd-Gefälle, das es mit Sicherheit gibt, vor allem aber ein Ost-West-Gefälle, das nach wie vor da ist. Innerhalb [unserer Region] ist natürlich der Raum, in dem wir jetzt leben dürfen, wirklich ein Motor.“*

Zum Teil wird außerdem eine positive Bevölkerungsentwicklung hervorgehoben. Nachteile im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen werden ausschließlich an wachstumshinderlichen Hürden festgemacht, z.B. dem Fehlen von Fachkräften oder von Baufläche für neue Wohnungen oder Gewerbeansiedlungen.

Experten aus Landkreisen mit **eher ausgeglichenen oder sogar negativen Zukunftschancen** hatten anfänglich spürbar häufiger Schwierigkeiten mit einer vergleichenden Einordnung als Interviewpartner aus Landkreisen mit positiven Zukunftschancen. Darüber hinaus ist auffällig, dass die Vergleiche nicht zwingend negativer ausfallen. Lediglich eine Handvoll der Gesprächspartner aus diesen beiden Teilgruppen sieht sich im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen hinsichtlich der Wirtschaftsstärke oder Infrastruktur benachteiligt. Insgesamt äußern sogar mehr Befragte aus diesen Gruppen, dass sie ökonomisch und infrastrukturell besser aufgestellt sind als andere Regionen. Dieses Ergebnis ändert sich auch dann nicht, wenn man die Experten aus Landkreisen mit ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen getrennt betrachtet. Zudem werden auf der positiven Seite auch bestimmte Mentalitätsaspekte der Bevölkerung herausgehoben.

Wie schon bei der Bestandsaufnahme zur aktuellen Lage im Ort oder im Landkreis zeigt sich auch bei dieser Frage, dass nicht alle Landkreise bzw. Gemeinden, die nach dem Prognos-Zukunftsatlas eher Zukunftsrisiken bescheinigt bekommen, aus Perspektive ihrer kommunalen Amtsträger auch tatsächlich größere Probleme sehen. Dies liegt zum Teil an der inneren Heterogenität der Landkreise, so dass es in einem eher strukturschwachen Landkreis durchaus Gemeinden mit positiven Entwicklungen gibt, wie einige Gesprächspartner anmerken:

- *„Insofern haben wir hier, wie gesagt, eine Stadt der kurzen Wege, [...] Das ist ja auch alles Wohn- und Lebensqualität, mit der wir werben. Und wenn Sie jetzt eine Stadt weitergehen, das ist keine Häme, guter Kollege von mir [...] da zieht kein Jüngerer hin, weil der Arbeitsplatz zu weit weg ist, da zieht kein Älterer hin, weil das Krankenhaus zu weit weg ist, und eine Firma zieht nicht hin, weil der Lieferant in einer Schneewehe stecken bleibt. Der hat keine Chance. Und vom Tourismus kann man allein nicht leben. Deswegen haben die auch dauernd finanzielle Probleme und einen stärkeren Einwohnenschwund. Aber das ist alles [unser Landkreis]. Deswegen hatte ich eingangs schon darum gebeten, das differenziert zu sehen. Sie haben immer diese Aggregatenebenen [...] man findet sich da manchmal in irgendwelchen Schubladen wieder.“*

Auf der anderen Seite müssen sich ländliche Wachstumsregionen ebenfalls mit Problemen auseinandersetzen, wie dem Mangel an Wohnraum und Fachkräften, welche solche Gemeinden bzw. Landkreise nicht unbedingt vor geringere zukünftige Herausforderungen stellt.

3 Zukunftsherausforderungen und -aufgaben

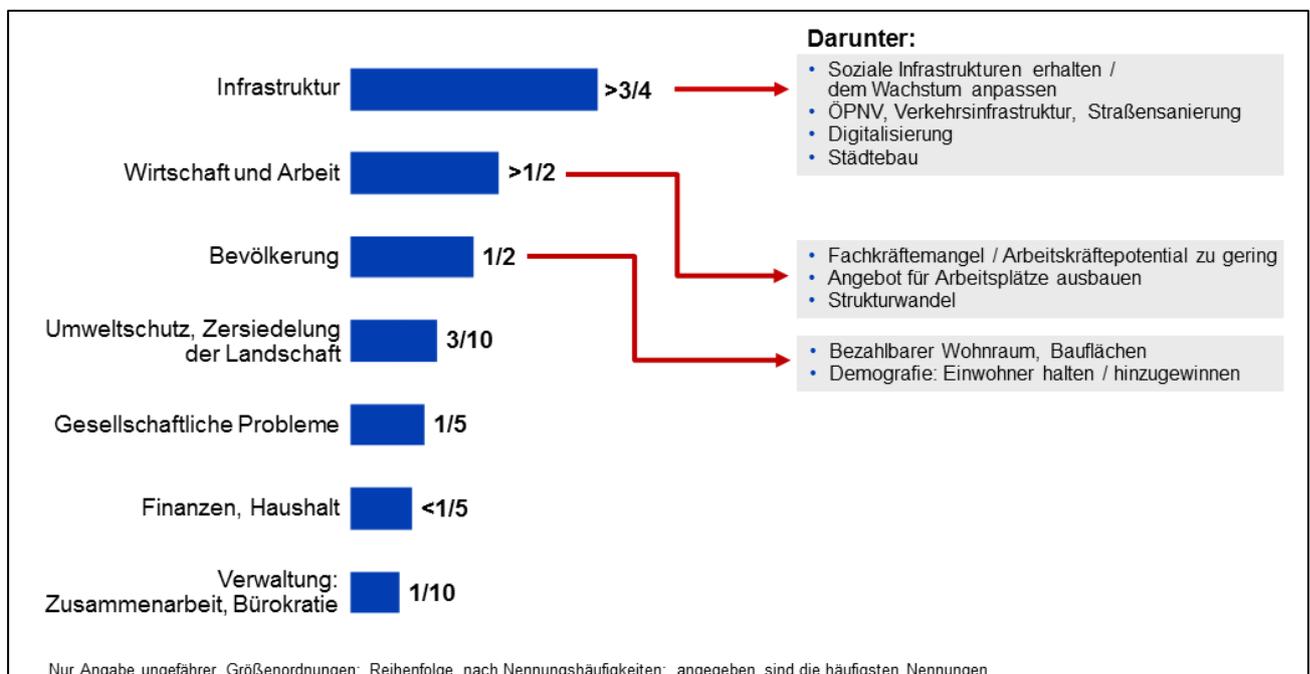
Nach der Bestandsaufnahme zum derzeitigen Zustand und den Erläuterungen zur Entwicklung des Landkreises bzw. der Gemeinde unter Berücksichtigung der bislang größten Herausforderungen wurde im zweiten Teil des Interviews im Wesentlichen darüber gesprochen, welches die größten Herausforderungen für den jeweiligen Landkreis bzw. die jeweilige Gemeinde in der Zukunft sind (Kap. 3.1) und welche Lösungsvorschläge und Maßnahmen sich in Verbindung mit den entsprechenden Herausforderungen aus Sicht der Experten ergeben (Kap. 3.2). In diesem Zusammenhang wurden nicht nur neue Herausforderungen angesprochen, sondern ebenfalls bereits länger andauernde Aufgaben oder der Erhalt von bestehenden Strukturen. Schließlich wurden die Landräte und Bürgermeister gebeten, die Rolle der eigenen Bürger (Kap. 3.3) sowie der Landes- und Bundesebene (Kap. 3.4) bei der Bewältigung ihrer Aufgaben und Herausforderungen einzuordnen.

3.1 Die größten Zukunftsherausforderungen und -aufgaben

Wie sich bei der Betrachtung des Status quo gezeigt hat, stehen alle in die Untersuchung einbezogenen Landkreise und Gemeinden unabhängig von der Einschätzung ihrer Zukunftschancen nach dem Prognos-Zukunftsatlas vor mehr oder minder großen Herausforderungen. Während einige Landkreise in den neuen Bundesländern, die sich nicht im Umland von Großstädten befinden, aufgrund schrumpfender Bevölkerungszahlen bereits mit der Schwierigkeit auseinandersetzen, die bestehenden Strukturen der Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten, kommt es in anderen, durch den Zuzug von jungen Familien und Fachkräften wachsenden ländlichen Räumen teilweise sogar zu steigenden Erwartungen der Bürger hinsichtlich der sozialen Infrastruktur vor Ort.

Abbildung 2:

Die größten Zukunftsherausforderungen und –aufgaben



Dieses Bild zeigt sich wiederum bei der Frage nach den **größten zukünftigen Herausforderungen**, bei dem generell ein breites Antwortspektrum vorliegt. Sehr deutlich wird, dass Herausforderungen im Bereich der technischen und sozialen Infrastruktur die größte Relevanz besitzen, denn

mehr als drei Viertel der Gesprächspartner nennen diesbezüglich Aspekte, die damit zu den wichtigsten Aufgaben für die Zukunft zählen. Von jeweils rund der Hälfte der befragten Landräte und Bürgermeister werden Herausforderungen in den Themengebieten Wirtschaft und Arbeit sowie der Bevölkerungsentwicklung genannt, von immerhin ungefähr einem Drittel Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes. Neben diesen Hauptthemenkomplexen sprechen jeweils einige Experten zudem Herausforderungen infolge von gesellschaftlichen Problemen, der kommunalen Finanzen und der Verwaltung an (Abbildung 2).

Während bei den meisten Themenbereichen gewisse Unterschiede zwischen (Gemeinden aus) Landkreisen mit eher positiven, eher ausgeglichenen oder eher negativen Zukunftschancen deutlich werden, stellen **Aspekte der sozialen und technischen Infrastruktur die kommunalen Amtsträger** aller drei Teilgruppen zukünftig vor die größten Herausforderungen. In erster Linie geht es dabei, je nach bevölkerungsstruktureller Ausgangssituation des Landkreises bzw. der Gemeinde, entweder um den Ausbau oder zumindest um den Erhalt der **sozialen Infrastrukturen**. Einen wichtigen Subbereich stellen dabei Angebote zur Kinderbetreuung im Rahmen von Kindertagesstätten und in Ganztagschulen dar. Diese werden selbst in Gemeinden oder Landkreisen mit Bevölkerungsrückgang aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen stärker nachgefragt. Zu diesen Entwicklungen gehört insbesondere die zunehmende außerhäusliche Betreuung von Kindern, wenn Mütter häufiger einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die Versorgung mit Bildungsangeboten und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung stellen ebenfalls wichtige zukünftige Aufgabenstellungen in diesem Zusammenhang dar:

- *„Oma Müller wohnt auf dem Land. Will Familie Schulz da einziehen mit drei Kindern, wenn der Bus weit weg ist und der Weg zur Arbeit weit weg ist? Da müssen wir Rahmenbedingungen schaffen. Soll heißen Kita, soll heißen Einkaufsmöglichkeiten, soll Glasfaser heißen. Das ist eine Thematik, mit der wir uns beschäftigen müssen und für die Oma Müller, um dabei zu bleiben - ein riesen Thema [ist] natürlich die ganze Versorgung der älteren Menschen, Pflege.“ (Experte aus Landkreis mit eher positiven Zukunftschancen)*
- *„Deswegen auch die ganzen Bemühungen, soziale Infrastrukturen aufrechtzuerhalten, deswegen die Schulerhaltung, deswegen Ausbau der Kindergarten- und der Betreuungsangebote, und deswegen auch immer wieder in den kleineren Orten die Versuche, Daseinsvorsorge sicherzustellen, um einfach die Attraktivität aufrechtzuerhalten.“ (Experte aus Landkreis mit eher ausgeglichenen Zukunftschancen)*
- *„Kein Mensch erwartet, dass in jedem Dorf, in jeder kleinen Stadt ein Theater steht, eine Berufsschule steht, ein größeres Fachkrankenhaus steht [...], aber wenn man die Dinge [...] auf Dauer nicht vorhalten kann, weil die finanziellen Spielräume fehlen, dann wird sich dieser Prozess weiter verfestigen, das heißt, die Gemeinden werden gezwungen sein, immer mehr einzuschränken, weil sie es letztlich nicht mehr finanziell bewerkstelligen können.“ (Experte aus Landkreis mit Zukunftsrisiken)*
- *„Wenn Sie eine [Gemeinde] haben mit 15.000 Einwohnern, wo kein einziger Arzt mehr ist, dann wird die eine oder andere ältere Person überlegen, einfach diese [Gemeinde] zu verlassen. Junge Leute werden nicht da hinziehen, weil wo kein Arzt ist, wo kein Kindergarten ist, keine Schule, ziehen junge Leute nicht hin.“ (Experte aus Landkreis mit Zukunftsrisiken)*

Die zweite große Aufgabenstellung im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen ist neben dem Erhalt bzw. dem Ausbau der sozialen Infrastrukturen eindeutig das Thema **Mobilität und Verkehr**, wobei es hier einerseits um Möglichkeiten der Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs, andererseits um eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur geht:

- „*Öffentlicher Nahverkehr ist das Problem. Ich kann den Bus nicht im Kreis [...] so taktverdichtend fahren lassen wie in Hamburg oder in Köln, geht überhaupt nicht.*“
- „*Aber wir haben hier Straßen, die völlig marode sind. Die sind nicht erst seit zehn Jahren marode, die sind seit 30 Jahren marode, die sind 50, 60 Jahre alt. Da ist zum Teil die oberste Schicht gar nicht darauf gedeckt worden...*“

Die dritte zentrale Herausforderung innerhalb des Bereichs der sozialen und technischen Infrastruktur stellt die **Digitalisierung** dar, die den ländlichen Räumen neue attraktive Möglichkeiten eröffnen kann (z.B. Home-Office-Arbeitsplätze), wenn eine ausreichende Versorgung mit schnellen Breitband- und Mobilfunkverbindungen gegeben ist:

- „*Wir versuchen natürlich jetzt durch Digitalisierung auch die ländlichen Gebiete attraktiv zu machen, da wage ich jetzt mal diesen brutalen Satz: Autobahnen haben wir keine, können wir keine bauen von der Topographie her, [aber] bei der Datenautobahn, da dürfen wir nicht einen einzigen Tag der Entwicklung verschlafen. [...] Das ist auch die Chance, dass junge Menschen dableiben oder Leute insgesamt dableiben, wenn die ihren Arbeitsplatz [vor Ort] haben oder nur einmal in der Woche über [...] Landstraßen [...] fahren müssen.*“

Während also grundlegend so gut wie alle Landräte und Bürgermeister mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen eine Herausforderung auf dem Gebiet der öffentlichen Infrastrukturen wahrnehmen, ergeben sich bei den weiteren Hauptaufgabenbereichen wie Wirtschaft und Arbeit, Bevölkerung und Umweltschutz größere Unterschiede nach den Zukunftschancen bzw. -risiken der Landkreise gemäß der Prognos-Einteilung.

Experten aus Landkreisen, bei denen eher eine positive Entwicklung prognostiziert wird, sehen neben der Infrastruktur die größten Herausforderungen im Bereich der Bewältigung der **Bevölkerungsentwicklung**. Konkret nimmt fast immer die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum die größte Rolle ein. Dies bringt auf der anderen Seite jedoch Probleme im Bereich des **Umweltschutzes** mit sich, wenn ein vernünftiges Maß zwischen der Schaffung neuer Gebäude und dem Erhalt der Landschaft und Natur gefunden werden soll:

- „*Solange die Wirtschaftslage in Deutschland [...] und bei uns in der Region [...] so ausgezeichnet ist wie sie momentan ist, denke ich, wird die größte Herausforderung sein, dass wir den Wohnraum organisieren, den Wohnraum managen, und genauso auch die Gewerbeflächen, dass wir hier ein vernünftiges Maß zwischen Bedarf und Ökologie finden, dass wir nicht nur den letzten Quadratmeter mit der Logistikhalle zubetonieren und die fünfte Umgehungsstraße bauen. Das ist so die Herausforderung, das spüren wir in so einer boomenden Region. Noch vor zehn Jahren konnten wir den Bürgern mit dem Argument, wir schaffen neue Arbeitsplätze, wir sichern eure Arbeitsplätze, Projekte und Infrastrukturprojekte voranbringen. Da sind wir jetzt an einem Punkt angekommen, dass das ja wesentlich kritischer betrachtet wird, dass die Argumentation dann eher kommt: Ja, wenn dann wieder neue Arbeitsplätze entstehen, dann kommen ja noch mehr Menschen - wo sollen die denn alle wohnen, was wollt ihr denn noch alles versiegeln?*“
- „*Es ist ein bisschen die Befürchtung: Wie geht es mit der Siedlungspolitik weiter? Können sich unsere eigenen Bürger noch die Grundstücke leisten? Die rar sind, muss ich dazu sagen, oder werden die auch von städtischen Bewegungen erfasst? [...] Wir haben jede Woche Anfragen, und da wird es ein Spannungsfeld geben: Können wir die Leute hier überhaupt noch versorgen mit Bauland oder Wohnungen?*“

Der Bereich **Wirtschaft und Arbeit** stellt für Landräte und Bürgermeister aus Landkreisen mit positiven, aber auch ausgeglichenen Zukunftschancen etwas seltener eine Herausforderung dar als

für Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken. Dabei wird fast ausschließlich der Mangel an ausreichend vielen Fachkräften für die ortsansässigen Unternehmen thematisiert:

- *„Wir haben keine Ahnung, wo wir die Leute herkriegern sollen.“*
- *„Wir werden uns umgekehrt aber natürlich auch perspektivisch dem Fachkräftemangel stellen müssen, den wir jetzt schon spüren, wo wir uns in vielen Stellen die Frage stellen: Wie bekommen wir diese Menschen, die wir für die Arbeit brauchen?“*
- *[Ein] weiteres Problem sehe ich, da bin ich wieder beim Stichwort Wirtschaftsstandort, auf die Dauer in der Fachkräftesicherung. Das sehen wir jetzt schon, dass teilweise Plätze nicht besetzt werden können. Das glaube ich, wird sich noch verschärfen, da müssen wir noch einiges daran tun.“*

Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken sehen im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaft und Arbeit hingegen das Fehlen oder den Verlust von bestimmten Arbeitsplätzen infolge von Strukturwandelprozessen teilweise als problematisch an. Ebenso stellt für sie der Fachkräftemangel in bestimmten Branchen mittlerweile jedoch oftmals die größere wirtschaftliche Zukunftsherausforderung dar:

- *„Das ist das Thema Strukturwandel [...], das ist das Thema der Verfügbarkeit von Arbeitskräftepotenzial, was sich deutlich nach unten bewegen wird in den nächsten Jahren. Das würde ich so als die Hauptherausforderungen bezeichnen, die zwei Dinge.“*
- *„Wir brauchen keine Arbeitsplätze mehr - wir haben vier Prozent Arbeitslose. Wir brauchen für die vorhandenen Mittelständler Fachkräfte. Verstehen Sie, die Politik hat sich umgedreht mittlerweile. Wir müssen keine Arbeitsplätze mehr schaffen, wir brauchen eigentlich Arbeitskräfte und Fachkräfte. Das ist die Chance für die Region.“*

Diese Problematik steht in einigen der in die Untersuchung einbezogenen ostdeutschen Landkreisen durchaus noch im Zusammenhang mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung infolge der Abwanderung von Jugendlichen aus dem tief ländlich geprägten Raum. Als Konsequenz kann sich für die vor Ort verbliebenen Mittelständler die Fachkräftesituation noch verschärfen.

Eine **Verbesserung der kommunalen Finanzen** stellt fast ausschließlich für Landkreise eine besondere Herausforderung dar, die bereits heute finanzielle Probleme haben und denen eher Zukunftsrisiken bescheinigt werden. Hierbei ergeben sich konkrete Probleme, um die sozialen und technischen Infrastrukturen vor Ort aufrecht zu erhalten:

- *„Also wir haben Probleme der Kommunalfinanzen, die sind natürlich da zu nennen, die vielleicht was zu tun haben mit der Frage des [...] kommunalen Finanzausgleichs.“*
- *„... Gemeinden, wie es die meisten ländlichen Gemeinden sind, [...] die große Finanzprobleme haben, strukturschwach sind oder [sich] im Regelfall sogar immer weiter [...] in der Konsolidierung befinden, also keine ausgeglichenen Gemeindehaushalte haben - die haben sogar die Pflicht, für diese so genannten freiwilligen Ausgaben maximal 2 % des Haushaltes auszugeben, maximal. Dazu gibt es ja ein Gerichtsurteil vom Bundesverfassungsgericht seinerzeit. Und das macht das Problem aus, dass die für die Bevölkerung wichtigen freiwilligen Aufgaben der Daseinsvorsorge, die sie als tatsächlich auch wichtig für sich und ihre Familien empfinden, dass die zunehmend reduziert werden im ländlichen Raum.“*

Im Rahmen der Herausforderungen werden von einigen Gesprächspartnern weiterhin verschiedene, aus ihrer Sicht **negative gesellschaftliche Entwicklungen** angesprochen, die für eine positi-

ve Entwicklung der ländlichen Räume in Zukunft problematisch werden können. Dabei sind vor allem zwei Aspekte bedeutend: Zum einen der zunehmende Rückzug ins Private und die nachlassende Bereitschaft sich selbst aktiv für die Gemeinde oder Gesellschaft einzubringen, was mit einer verstärkten Zuschreibung von Verantwortung gegenüber dem Staat einhergeht:

- *„Die Gemeinde oder der Staat insgesamt wird von vielen nur noch als Wunscherfüller betrachtet. Man spricht ja auch von Vollkaskotalität, da ist schon viel dran.“*

Zum anderen äußern einige Experten ihren Unmut über die Tendenz, sämtliche Neuerungen und Infrastrukturmaßnahmen abzulehnen und zu behindern, wenn diese nah zum eigenen Wohnort durchgeführt werden sollen:

- *„Das einzige Problem, das ich für die Zukunft sehe, dass sich diese Bürokratisierung verdichtet und dass man gar nichts mehr zustande bringt, weil immer irgendwelche Bürger dagegen sind, nicht alle, aber immer irgendwelche. Und diese Bürger immer mehr Instrumente zum Dagegensein bekommen [...] Das wird uns die Zukunft erschweren. Diejenigen, die was wollen, [werden] immer weniger [als] diejenigen, die dagegen sind.“*

Zusammengefasst ergeben sich damit die zentralen Herausforderungen erstens im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur, wobei dort im Einzelnen die Angebote zur Kinderbetreuung und Bildung, die ärztliche Versorgung sowie der ÖPNV / Straßenverkehr und die digitale Infrastruktur hervorgehoben werden. Darüber hinaus existieren zudem Herausforderungen und Aufgaben in den Themengebieten Wirtschaft und Arbeit (vor allem Fachkräftemangel), der Bevölkerungsentwicklung (vor allem bezahlbarer Wohnraum), dem Umweltschutz (Zersiedelung der Landschaft), den kommunalen Finanzen und bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen.

3.2 Maßnahmen zur Lösung zukünftiger Herausforderungen und -aufgaben

In Verbindung mit den jeweils genannten Herausforderungen bzw. Aufgabenstellungen wurden die Experten ebenfalls nach **Ideen, wie man das angesprochene Problem lösen könnte**, gefragt. Die Heterogenität der Lösungsansätze reflektiert die unterschiedlichen kommunalen Funktionen (Landrat vs. Bürgermeister) und die Eigenheiten der einzelnen ländlichen Landkreise. Im Folgenden sollen für die zentralen Herausforderungen einerseits die jeweils am häufigsten genannten problemlösenden Ideen erörtert werden. Andererseits werden zusätzlich beispielhaft Einzelvorschläge berücksichtigt, wenn spezielle Vorhaben oder Projekte vorgestellt wurden.

Beim übergeordneten Themenkomplex Infrastruktur konzentrieren sich die Vorschläge bei den **sozialen Infrastrukturen** zunächst gleich häufig auf den Wunsch nach mehr staatlicher Steuerung bzw. Subvention und Maßnahmen zur Schaffung von neuen Kita-Plätzen. Vor allem Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken sind der Ansicht, dass für den Erhalt der sozialen Infrastruktur mehr **staatliche Steuerung und Subventionen** nötig ist, was aus ihrer Sicht ein Überdenken des bisherigen Systems des kommunalen Finanzausgleichs zur Folge haben sollte, indem beispielsweise die Fläche der Kommune stärker berücksichtigt wird:

- *„In einer Zeit, in der doch ein gewisser Run auf die Städte stattfindet, wo eine Wohnungsnot in den Städten zu verzeichnen ist und wo in ländlichen Räumen vielleicht auch Häuser und Wohnungen leer stehen, ist Geld auch gut angelegt, wenn es dazu dient, Menschen dazu zu bewegen, [sich] im ländlichen Raum anzusiedeln und auch dort zu bleiben. Das entspannt so ein bisschen auch die Lage in den Städten, wobei in dieser Stadt-Land-Umland-Problematik sicherlich vor dreißig Jahren Fehler gemacht worden sind, indem man gesagt hat, der Markt wird es*

richten. Und der Markt richtet es halt nicht. In Fragen der Daseinsvorsorge ist auch der Staat gefragt, und da sind Ordnung und Regulierung schon wichtig.“

- *„Da sind wir bei dem Solidarprinzip wieder. Wir sind eine Gemeinde, die im Endeffekt einiges an Steuern einnimmt, dadurch nicht an dem kommunalen Finanzausgleich hängt, wir also leider nichts kriegen außer Steuern, die uns sowieso [...] zustehen, also nichts, was irgendwelche Einwohner veredelt. Wir werden [...] immer weniger. Die Fläche schmilzt nicht. Ich kann auch nicht sagen: Ich reiße irgendwo ein Dorf weg und setze die Leute um. Ich muss die Infrastruktur von links bis rechts aufrechterhalten. Für alle, egal ob dort in dem Dorf 30, 40, 50, 200 oder 1.000 leben - spielt überhaupt keine Rolle. Die brauchen alle dieselbe Infrastruktur. Und das macht uns schon zu schaffen. Also der Berechnungsmodus, die Veredelung pro Kopf [...] darüber muss man einfach nachdenken. Man sollte solchen Regionen, dem ländlichen Raum, ganz einfach mal zugestehen und sagen: Nicht bloß pro Kopf, sondern auch pro Fläche.“*

In Bezug auf die Maßnahmen zur Schaffung von neuen **Kita-Plätzen** geht es in erster Linie um Fragen ausreichender finanzieller Mittel, zudem vereinzelt um baurechtliche Vereinfachungen, damit Flächen für den Bau neuer Einrichtungen zur Verfügung stehen. Sehr konkrete und vielfältige Vorschläge machen die Experten hingegen hinsichtlich des Erhaltens der **ärztlichen Versorgung**, die teilweise bereits auf bestehenden Projekten beruhen. So werden verschiedene Maßnahmen mit dem Ziel, Ärzte zu einer Niederlassung im ländlichen Raum zu motivieren, angewendet. Diese reichen von bundeslandübergreifenden Kooperationen mit Hochschulen und Kliniken über die Vernetzung von Studierenden mit bereits im ländlichen Raum praktizierenden Ärzten bis hin zu der Forderung, die Studienplatzvergabe an die Bereitschaft zu koppeln, zumindest für eine bestimmte Zeit in einer ländlichen Region als Arzt tätig sein zu werden. Zur Erhöhung der Attraktivität in ländlichen Regionen als Arzt tätig zu sein, spielen zusätzlich Überlegungen zur „Work-Life-Balance“ eine Rolle:

- *„Wir haben noch ein Klinikum, das sich in kommunaler Hand befindet [...] Hier versuchen wir, in Zusammenarbeit mit der [Universität], weil wir [auch] akademisches Lehrkrankenhaus sind, natürlich Ärztenachwuchs zu generieren. Und versuchen jetzt zusätzlich, die [Studierenden] auch zu begeistern, die in den Häusern sind, dass sie vielleicht nach Abschluss ihrer Ausbildung dann auch hier bleiben.“*
- *„[Es gibt] Marketingmaßnahmen [...] wo wir junge Ärztinnen und Ärzte zusammenbringen mit älteren in den Praxen, die vorstellen, Kontakte knüpfen, die Attraktivität aufzeigen, Übernahmemöglichkeiten auch aufzeigen...“*
- *„Ich sehe da auch grünes Licht am Ende des Tunnels, indem man jetzt sagt: Gut, wer denn studiert und sich als Hausarzt niederlässt, der kriegt einen bevorrechtigten Studienplatz. Das ist auch händeringend notwendig. Darüber kann ich lenken, und das erwarte ich auch.“*
- *„Work-Life-Balance ist ein Thema. Die [Ärzte] wollen nicht mehr 15 Stunden am Tag arbeiten, die wollen das in eine vernünftige Balance bringen. Und da müssen wir behilflich sein. Ich habe da jetzt eine Stelle freigeschaufelt bei mir im Gesundheitsamt, und wir unterhalten uns gerade darüber mit den davon Betroffenen.“*

Darüber hinaus werden durch einige Experten neue Ansätze genannt, die dazu beitragen können, einem Ärztemangel frühzeitig entgegenzuwirken, zumindest diesen etwas auszugleichen. Bei einem dieser Ansätze handelt es sich um ein mobiles „Tele-Medizin-Auto“, das zu chronisch kranken Patienten fährt:

- *„Wir machen ein Tele-Medizin-Projekt. Da ist ein elektrisches Auto mit Tele-Medizin-Equipment, das fährt ganz gezielt Routen zu Patienten, die chronische Erkrankungen haben und gewisse*

Taktungen benötigen, um Diagnostik in Arztpraxen und Krankenhäusern einzufordern. [...] Die Überlegung, die dahinter steckt ist, die Lebensqualität der Patienten zu verbessern, weil die weniger Transit haben. Den Verkehr zu reduzieren, weil nur noch ein Auto unterwegs ist. Das senkt natürlich Kosten. Also das ist für alle Beteiligten eigentlich ein Vorteil. [...] Das Projekt ist ausgelaufen im Dezember und es wird jetzt von den Gesundheitsakteuren getragen und weitergeführt [...] Das ist auch eine gute Situation.“

In einem anderen Landkreis werden Überlegungen angestellt um polimedizinische Zentren nach dem Vorbild der DDR zu reaktivieren, sodass verschiedene niedergelassene Ärzte an einem Ort zusammenkommen, um dort Fachkompetenz zu bündeln und Fahrtwege für die Bürger zu minimieren.

Neben dem Ausbau bzw. dem Erhalt der sozialen Infrastruktur stellt das Thema **Mobilität** für die ländlichen Regionen ebenso eine wichtige Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang konzentrieren sich die meisten Vorschläge der Gesprächspartner auf eine Weiterentwicklung der Mitfahrssysteme und ehrenamtlichen Bürgerbusse:

- *„Wir haben uns entschieden, dass wir jetzt einige Modelle ausprobieren werden, gemeinsam mit dem übergeordneten [...] Verkehrsverbund. Da [werden wir] ausprobieren, ob Rufbussysteme angenommen werden, ob verstärkt in dem Bereich der Mitfahrssysteme etwas gemacht werden kann. [...] Ich rede immer von dem individualisierten ÖPNV, also mit kleineren Einheiten Systeme schaffen, weil einfach auch die Vorhaltung von großen Bussen, [...] relativ hohe Fixkosten verursacht.“*
- *„Wir haben viele andere Mitfahrgelegenheiten über Apps [...] vielleicht ein Dorfauto sich sponsorn zu lassen und das dann in den Verkehr zu bringen. All das wird gerade ausprobiert mit großem Erfolg.“*
- *„Wir haben im Moment ein Modellprojekt, eine Mitnahme-App [...] bei mir heißt das plakativ Trampen 2.0. Man stellt sich also nicht mehr mit dem Daumen an die Straße und wartet darauf, dass jemand vorbeikommt. Sondern wir haben eine App programmieren lassen, eine Seite, wo man sowohl seine Fahrten angeben kann, als auch die Nachfrage nach Fahrten.“*
- *„Was wir im Moment entwickeln, was auch wieder hier im Süden schon lang installiert ist, im Norden ab nächsten Winter installiert wird, das ist der Bürgerbus [...] das heißt, man ruft den an und dann kommt er zweimal in der Woche [...] fast ans Haus gefahren, holt Sie ab. Fast mit einem Taxi vergleichbar, nur dass er ehrenamtlich organisiert ist.“*

Zwei der Experten blicken für lösungsorientierte Maßnahmen bereits sehr weit voraus, indem sie über den Einsatz von autonomen Fahrzeugen nachdenken:

- *„Ich komme [...] mal zu Visionen, wenn ich Ihnen die vortragen darf. [...] Das ist das autonome Fahren. Das ist ja vorm Durchbruch. [...] Da ist kein Lenkrad drin, da sitzt kein Mensch drin, und die kannst du mit deiner App ordern - und das ist die Lösung für den ländlichen Raum.“*

In zwei Landkreisen wird zudem eine Reorganisation des ÖPNV diskutiert bzw. bereits umgesetzt, bei der von dem bestehenden „Schulbussystem“ in einigen Bereichen abgerückt und stattdessen eine engere Verknüpfung der „Zubringersysteme“ an die Hauptverkehrsmagistralen vorgenommen wird.

Trotz der verschiedenen Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs wird dem Auto im ländlichen Raum mittelfristig weiterhin eine besondere Bedeutung für die Mobilität der Bürger zukommen. Die Gesprächspartner äußern deshalb verschiedene Vorschläge zur **Verbes-**

serung der Straßenverkehrswege um die Sanierung von Straßen oder den Ausbau von Autobahnen voranzutreiben, die über einen langen Zeitraum durch fehlende Investitionsmittel vernachlässigt wurden.

Bei dem dritten großen Infrastrukturthema, der **Digitalisierung**, streben die befragten Experten insbesondere einen schnelleren Ausbau der Breitbandversorgung und mobiler Datenverbindungen in der Fläche an. Die Verantwortung hierfür wird häufig bei den Landes- und Bundesregierungen gesehen, nicht ausschließlich bei den Landkreisen und Gemeinden, denen aufgrund nur begrenzt verfügbarer finanzieller Mittel, selbst bei regionalen Kooperationen, häufig die Hände gebunden sind (vgl. auch Kap. 3.4). Hierfür wünschen sie sich eine stärkere staatliche Steuerung, da sich die kommerziellen Internetanbieter trotz der bestehenden Fördermaßnahmen aufgrund von geringen wirtschaftlichen Erfolgsaussichten häufig sträuben, Investitionen im ländlichen Raum zu tätigen. Das untere Ziel von 30 Mbit/s flächendeckender Versorgung für alle Haushalte halten einige der Experten bereits für überholt, da für die Attraktivität ländlicher Räume, z.B. hinsichtlich der Schaffung von Homeoffice-Arbeitsstellen und neuer gewerblicher Ansiedlungen, höhere Geschwindigkeiten essenziell sind:

- *„Also ich denke, da muss noch mal ein Überdenken stattfinden. Die damals gesetzte Grenze von 30 Mbit/s, [...] die ist völlig obsolet. Da muss also eine Nachforderung passieren.“*
- *„Da habe ich sehr viele Anrufe gehabt von Leuten, die Home-Office machen, die teilweise auch große Datenmengen bewegen müssen, z.B. Planungsbüros [...] Das ist ja auch ein Trend, den man unbedingt fördern sollte. Home-Office entlastet den ganzen Verkehr, hat sehr, sehr viele Vorteile für viele Beteiligte. Aber das setzt halt voraus, dass man eine vernünftige Anbindung hat.“*
- *„Das ist unsere Chance, dass wir hier Arbeitsplätze oder Gewerbeplätze haben, die wir [günstig] anbieten können. [...] Die Situation dreht sich, das sehen wir bei der Miete und sonst irgendwas. Also da gibt es schon Chancen, nur müssen wir genau im Moment diese Digitalisierung nutzen bevor die Leute weg sind. Ich kann sie nicht erst wegziehen lassen und dann gucken.“*

Neben dem Ausbau der digitalen Netzinfrastruktur, der als Basis u.a. für den innovativen Wandel der Arbeitswelt und Wirtschaft (z.B. Erwerbsformen, Industrie 4.0) sowie für die Mobilität (autonome Fahrsysteme) eine große Bedeutung besitzt, werden von den Gesprächspartnern außerdem vereinzelt Projekte zu digitalen Angeboten erwähnt, die sich positiv auf die Entwicklung des ländlichen Raumes auswirken können. Neben den bereits angesprochenen Apps im Bereich der Mitfahrsysteme oder telemedizinischen Angeboten können dies z.B. auch mobile Anwendungen sein, um das gemeinschaftliche Dorfleben besser zu organisieren.

Bei dem zweiten übergeordneten Themenbereich **Wirtschaft und Arbeit** drehen sich fast alle von den Landräten und Bürgermeistern angesprochenen Maßnahmen um die Bewältigung des **Fachkräftemangels** vor Ort.

So werden oftmals Rückkehrerinitiativen bemüht, um ehemalige Einwohner des Landkreises, die diesen für Bildungswege nach den weiterführenden Schulen (Berufsausbildung, Studium) verlassen haben, für einen Arbeitsplatz in ihrer Heimat zu begeistern. Mögliche Ansatzpunkte sind hier Kooperationen mit Hochschulen oder die Entwicklung von Apps, um mit der Heimat in Kontakt zu bleiben:

- *„Wie kriege ich es hin, dass die [ehemaligen Bürger] dann doch zur Region gehörig bleiben? Wir werden jetzt Apps entwickeln, wenn die in Kohorten und in Klassenverbänden zum Studieren rausgehen, dass wir sie dann an das Heimatgebiet koppeln, indem wir ihnen Informationen geben. Das läuft unter Rückholagentur. Und wir wollen ganz zum Schluss auch uns fordern lassen - kommen sie denn dann wieder zurück mit 30 oder 35 Jahren - dem mitreisenden Partnern so beiseite zu stehen, dass wir dem auch einen Arbeitsplatz hier vermitteln.“*

Des Weiteren werden von den Kommunen bestimmte Bleibeinitiativen ins Leben gerufen, um Anreize für (sehr) junge Menschen vor Ort zu schaffen, ihre ländliche Heimatregion erst gar nicht erst verlassen zu müssen. Im Speziellen werden hier „Zukunfts-Workshops“, Jobmessen, Praktikumsbörsen und insbesondere Kooperationen zwischen (Hoch-)Schulen und den ortsansässigen Unternehmen genannt:

- *„Dann machen wir [...] eine Maßnahme, wo wir Patenschaften [...] zwischen Schulen und Firmen [...] vermitteln, so dass die Jugendlichen auch frühzeitig kennenlernen: Was gibt es hier überhaupt für Berufe? Vielfach weiß man das ja gar nicht. Was wird im Einzelnen angeboten, wie sind die gestrickt, was kriegt man da, was sind das für Bereiche, was muss ich dafür an Ausbildung machen.“*
- *„Wir fangen relativ früh an, die jungen Leute mit unseren Firmen, mit unseren Unternehmen in Verbindung zu bringen. Das geht schon im Kindergartenalter los. Wir haben eine Kinder-Uni [...] eingerichtet, die aber eben nicht nur so arbeitet, dass irgendwelche Themen theoretisch dargestellt werden, sondern wo unsere Firmen auch die Türen öffnen für die Kinder. Wir fangen ab Klasse acht an und tatsächlich auch erstmal Ingenieure und andere aus den Unternehmen in die schulischen Unterricht einzubinden und zu holen.“*

Über die Rückkehr- und Bleibeinitiativen hinaus, werden Imagekampagnen durchgeführt, die sich insbesondere an potenzielle Fachkräfte und deren Familien richten, die noch keinen biografischen Bezug zu der entsprechenden ländlichen Region hatten. Hierzu gehören Maßnahmen, die die Absicht verfolgen, das Selbstbewusstsein der Bürger vor Ort zu steigern um somit eine positive Außenwirkung für den Landkreis oder die Gemeinde zu erzielen:

- *„Also wir als Stadt und vielleicht noch die umliegenden Städte geben einfach einen [...] Betrag X - plus der Landkreis noch dazu - [aus] und kaufen uns eine Seite in einer [...] Zeitung. Wir müssen mit unseren Vorzügen werben. Sprich: Keine Dieselfahrverbote in Sicht, ganz, ganz viel Natur, keine Wartezeiten auf Kitaplätze usw.. Also das, was uns als Region wirklich attraktiv macht, das müssen wir eben überregional in der Lage sein zu vermarkten.“*
- *„Wenn man in der Region ein gesteigertes Selbstbewusstsein entwickelt, dann hat das auch eine Strahlkraft über die Region hinaus.“*

Neben den bereits beschriebenen „harten“ Standortfaktoren wie der sozialen Infrastruktur, der Mobilität und der Förderung der digitalen Infrastruktur, bilden die sogenannten weichen Standortfaktoren aus Expertensicht einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt, um Fachkräfte für den ländlichen Raum zu gewinnen:

- *„Jedes Kulturangebot ist auch gleichzeitig Wirtschaftsförderung, weil es die Attraktivität erhöht. Und dieses Freizeitangebot ist auch Wirtschaftsförderung.“*

Lediglich bei vier Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken werden Ansätze zur Ansiedlung von neuem Gewerbe oder der Bewältigung des Strukturwandels diskutiert, um **neue Arbeitsplätze zu schaffen**. Dabei geht es beispielsweise um den Ausbau des Tourismusbereichs oder bei zwei von einem baldigen Braunkohleausstieg bedrohten Landkreisen um die Ansiedlung von alternati-

ven Industrien oder Dienstleistungszweigen, bei denen sich die Experten eine Unterstützung durch den Bund wünschen.

Im Zusammenhang mit dem dritten übergeordneten Aufgabenbereich, der **Bevölkerungsentwicklung**, nennen die Landräte und Bürgermeister im Wesentlichen solche Maßnahmen, die zur **Schaffung von neuem, weiterhin bezahlbarem Wohnraum** für Alt- und Neubürger beitragen. Die Experten erkennen hierbei Probleme bei der Flächenerschließung, die mit fehlenden kommunalen Finanzmitteln, aber auch mit bürokratischen Hürden zusammenhängen, wobei es im Einzelfall auch Konflikte mit benachbarten Gemeinden oder Metropolen kommen kann:

- *„Die Stadt [...] bemüht sich intensiv, Wohnraum zu schaffen, was allerdings auch nicht so einfach ist, weil die Fläche nicht da ist, Innenverdichtung nicht mehr in dem Maße geht [...]. Insofern würde es sich jetzt natürlich anbieten, die Umlandgemeinden zu entwickeln, zu stärken [...]. Da steht uns aber im Moment das regionale Raumentwicklungsprogramm etwas im Wege.“*

Eine Möglichkeit zur Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum stellt die Nachverdichtung dar, die neben dem urbanen auch im ländlichen Raum an Bedeutung gewinnt, indem mehr Mietwohnungen und weniger Einfamilienhäuser gebaut werden. Eine solche Maßnahme kann allerdings einen gewissen Verlust der besonderen Lebensqualität zur Folge haben, die die ländlichen Regionen als Wohnort für bestimmte Bevölkerungsgruppen erst interessant macht. Eine ähnliche Gefahr geht von einer weiteren Zersiedelung aus, wenn grundsätzlich noch freie Flächen für Neubauten zur Verfügung stehen. Einige der Experten aus Landkreisen mit positiver Bevölkerungsentwicklung sehen deshalb einen weiteren Bevölkerungszuwachs zwiespältig, da es zusätzlich zu Konflikten mit der „alteingesessenen“ Bevölkerung aufgrund steigender Preise kommen kann. Dieses Konfliktpotenzial wird dadurch verschärft, dass sogenannte „Einheimischenmodelle“ aufgrund Regelungen der EU nicht mehr oder nur noch eingeschränkt angewendet dürfen:

- *„Die größten Hemmschuhe hier als kommunale Verantwortungsträger schnell und flexibel zu handeln sind die Gemeindeordnungen, die wir haben. Dass wir also Grundstücke an Einheimische nicht so vergeben können wie wir es gerne täten, sondern dass wir hier Markterkundung[en] [durchführen müssen] und dann zu den Preisen nur weitergeben dürfen. Das Schlimmste ist die Europäische Union, die die einheimischen Modelle, wie sie [...] Tradition hatten, mehr oder weniger jetzt nur noch mit einem Kompromiss möglich macht. Insofern sind das die Voraussetzungen, die halt dann am Ende auch den Mietpreis bestimmen und die am Ende auch den Kaufpreis für ein Haus definieren, wenn der Grundstückspreis schon so hoch ist.“*

Ein Nebenaspekt zum Thema Wohnungsbau stellt das seniorengerechte Wohnen dar, das infolge des demografischen Wandels in allen Regionen Deutschlands erhöhte Aufmerksamkeit erfährt. Die ländlichen Räume stehen dabei vor einer besonderen Herausforderung, wenn die architektonische Beschaffenheit mit vorwiegend eher großen Einfamilienhäusern berücksichtigt wird.

Konkrete Ansätze zur **Bewältigung des demografischen Wandels** werden allerdings von den Experten nicht genannt, da dieser aus ihrer Sicht nicht aufgehalten werden kann:

- *„Uns fällt im Moment keine gescheite Lösungsmöglichkeit ein [...]. Es werden ja nicht nur meine Bevölkerungsteile älter, sondern es werden ja alle in der Bundesrepublik älter.“*

Bei den Landkreisen, die von einer sinkenden Bevölkerungsentwicklung betroffen sind, steht deshalb eine Aufrechterhaltung bzw. sozialverträgliche Anpassung der Strukturen im Vordergrund.

Im Aufgabenbereich **Umweltschutz** werden neben der bereits angesprochenen Gefahr der zunehmenden Landschaftszersiedelung einzelne Lösungsideen für weitere Probleme aufgezählt. Dazu zählen (ausreichend große) Abstandsregelungen bei der Windenergie, dem konsequenten

unterirdischen Ausbau neuer Stromtrassen und eine Nachfolgeregelung für Einspeisevergütungen von Photovoltaikanlagen.

Die vielen verschiedenen, teils widersprüchlichen Ideen der Landräte und Bürgermeister im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze für zukünftige Herausforderungen können zwar aufgrund ihrer partiellen Heterogenität nicht in jedem Fall als Richtmaß für die Bewältigung der Herausforderungen der ländlichen Räume dienen, liefern aber einige wertvolle Hinweise. So führen aus Sicht der meisten Experten rein marktwirtschaftliche Lösungen in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge nicht zu einer Lösung der Probleme, sodass staatliche Regulation oder zumindest das Schaffen von bestimmten Anreizen notwendig ist. Dies betrifft beispielsweise das Thema Breitbandausbau oder die ärztliche Versorgung auf dem Land. Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ergeben sich durch die Digitalisierung verschiedene neue Möglichkeiten. Zumindest mittelfristig wird dem Straßenverkehr in den ländlichen Regionen, die fernab einer Metropolregion liegen, allerdings weiterhin eine zentrale Bedeutung zukommen. Investitionen in das Straßenverkehrsnetz bilden weiterhin einen wichtigen Baustein zur Aufrechterhaltung der Mobilität, insbesondere des Individualverkehrs, im ländlichen Raum. Bei der Gewinnung von Fachkräften werden verschiedene erfolgsversprechende Initiativen angewendet, um einerseits den Nachwuchs in den Heimatregionen zu verankern und andererseits die Weggezogenen zu einer „Heimkehr“ zu motivieren. Wiederum kann die Digitalisierung z.B. durch die Schaffung von Home-Office-Arbeitsplätzen einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sich die digitale Infrastruktur in den ländlichen Regionen in einem angemessenen Zustand befindet.

3.3 Erwartungen an die eigenen Bürger

Wie die Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in den untersuchten Landkreisen bzw. Gemeinden gezeigt hat, sind so gut wie alle Experten generell sehr zufrieden mit den bestehenden ehrenamtlichen Strukturen vor Ort, wenn von beginnenden Nachwuchsproblemen abgesehen wird (vgl. Kap. 2.2.5). Ungeachtet dessen wurden die Experten gebeten sich dahingehend zu äußern, ob es trotzdem Aufgaben und Themen gibt, bei denen sie sich zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen noch mehr Engagement und Unterstützung durch die Bürger wünschen.

Ungefähr jeder zweite Interviewpartner hat diesbezüglich **spontan keine Erwartungen**, da die Bürger bereits ausreichend engagiert sind oder aus beruflichen Gründen zeitlich einfach nicht mehr leisten können:

- *„Ich glaube, dass wir in unserem Bereich das nahezu ausgeschöpft haben und eher aufpassen müssen, dass wir nicht in eine Überforderung kommen [...].“*
- *„Wir spüren natürlich, dass die Menschen durch Mobilität, Arbeitsplatz nicht in der Gemeinde, in der sie wohnen, viel unterwegs sind und dann oft einfach die Zeit nicht mehr haben.“*

In zwei Ausnahmefällen wünschen sich Experten sogar eher etwas weniger (politische geprägtes) Engagement, wenn dieses sich ausschließlich in Bürgerprotesten äußert:

- *„Wir merken eigentlich das Gegenteil, nämlich dass es zu allen möglichen Themen, die wir vom Rat anstoßen, interessengetriebene Initiativen gibt, die dann früher oder später in irgendeinem Bürgerentscheid münden oder enden. Also wenn Sie mir sagen, ich würde mir mehr Bürgerengagement wünschen, dann muss ich sagen, eigentlich wäre es mir andersherum lieber. Also im Sinne von politischem Engagement, weil man natürlich dann auch mit viel Polemik viele Themen beerdigen kann, weil manche komplexe Zusammenhänge der breiten Bürgerschaft nicht einfach vermittelbar sind.“*

Nach kurzer Nachdenkzeit nennen ungefähr zwei Drittel der Experten doch noch Erwartungen an die eigenen Bürger. Diese richten sich vergleichsweise häufig auf eine **Mentalitätsveränderung, die mehr auf Eigenverantwortung und Optimismus** beruht:

- *„Wenn irgendwo eine Situation oder ein Problem anstand, dann war immer so eine verbreitete Einstellung in der breiten Bevölkerung: [...] Die müssten da mal was machen. Die Herangehensweise, selber mal was zu machen, ist sehr, sehr unterentwickelt.“*
- *„Für mich sieht die Änderung so aus, dass jeder wieder erkennt, er ist selber für sein Glück verantwortlich und dass nicht der Staat für alles verantwortlich ist, sondern man muss das selber in die Hand nehmen...“*
- *„Ich erwarte auch von den Bürgern, dass sie sich einbringen und dass vom Prinzip her dann wieder mal eine andere Stimmung in die Stadt kommt, also nicht immer dieses Destruktive.“*

Der am zweithäufigsten genannte Aspekt richtet sich nicht mehr direkt an die Bürger, sondern an die Bundes- und Landespolitik, die den Bürgern auf dem Weg zum ehrenamtlichen Engagement zu viele **bürokratische Hürden** stellt:

- *„Der Gesetzgeber macht es den Ehrenamtlichen zunehmend schwierig. Ob das die Themen der Steuer sind, ob es die Themen der Fürsorge für die Anvertrauten sind [...]. Also da baut unser Land Hürden auf, wo ich nur noch den Kopf schütteln kann.“*
- *„Die größte Herausforderung, die wir hier haben ist ständig diese Regelungsflut, dieser Regelungswahn, der von Berlin und [von der Landesebene] kommt. Ständig alles regulieren und alles absichern. Da kommen natürlich die Gerichte noch dazu mit ihren Urteilen. Wir sind in einer absoluten Sicherheitsmentalität unterwegs. Es darf kein Leid, kein Elend, kein Unfall, nichts mehr geben. Und das muss man alles regeln. Das ist eigentlich das größte Problem. Wir hätten Leute [...] aber die zucken dann zurück, wenn sie sehen, was damit für eine Verantwortung und für ein Risiko verbunden ist.“*

Des Weiteren werden von jeweils zwei bis drei Landräten und Bürgermeistern noch weitere Wünsche bzw. Möglichkeiten hinsichtlich eines stärkeren ehrenamtlichen Engagements der Bürger benannt. Diese reichen von der Hoffnung auf ein stärkeres kommunalpolitisches Mitwirken über eine stärkere Vernetzung mit den Bürgern vor Ort bis hin zur Ablehnung von Sondervergütungen oder Ehrenamtskarten, die Fehlanreize setzen und unnötige finanzielle Mittel in Anspruch nehmen.

Zusammenfassend ist das Potenzial, das sich aus dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger ergibt, relativ ausgeschöpft. Allenfalls ergeben sich langfristige Möglichkeiten, wenn die Bürger in Zukunft wieder eigenverantwortlicher und konstruktiver handeln. Kurzfristig könnte der Abbau von bürokratischen Hürden dazu führen, dass sich mehr Bürger in ihrem Ort engagieren.

3.4 Erwartungen an Land und Bund

Bereits bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen verwiesen bei einigen Aufgabenstellungen mehrere der Landräte und Bürgermeister auf die Landes- oder Bundesebene, da die entsprechenden Probleme nicht allein durch die Kommunalpolitik gelöst werden können. Zum Ende des Interviews hin hatten die Gesprächspartner noch einmal ausdrücklich die Möglichkeit, ihre Erwartungen an Land und Bund hinsichtlich der Bewältigung ihrer Aufgaben als Landrat bzw. Bürgermeister zu äußern.

In den meisten Fällen verbinden die Experten ihre Wünsche zuvorderst mit der Landesregierung, da diese der erste Ansprechpartner für kommunale Amtsträger ist. Hinsichtlich des Bundes wird in einigen Fällen darauf hingewiesen, dass zu diesem keine formale Beziehung besteht und der Bund nach der derzeitigen Grundgesetzlage die Kommunen gar nicht auf direktem Wege fördern darf. Oftmals wird allerdings gar nicht zwischen der Landes- und Bundesebene unterschieden.

Die im Folgenden ausgeführten Erwartungen richten sich also in erster Linie an das **Land**. Zumindest indirekt - über die Bereitstellung entsprechender Mittel an das Land – jedoch ebenso an den Bund. Auf spezielle Erwartungen an den Bund wird separat hingewiesen.

Im Gesamtbild lassen sich die Erwartungen in grundsätzliche Aspekte und Aufgabenbereiche unterteilen. Bei den **grundsätzlichen Aspekten** wünschen sich gut die Hälfte der Landräte und Bürgermeister und damit mit weitem Abstand am häufigsten **weniger Bürokratie und flexiblere Lösungen**. Dies betrifft verschiedenste Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung, wie z.B. dem Vergaberecht, womit nicht ausschließlich Förderverfahren inbegriffen sind, deren bürokratischer Aufwand aber im Speziellen ebenfalls kritisiert wird. Denn dieser führt zu höheren finanziellen Aufwendungen, die an anderer Stelle fehlen:

- *„Wer einmal EFRE gemacht hat und sich zehn Jahre lang mit dem Landesrechnungshof rum-schlagen muss - das geht nicht.“*
- *„Ich kann Ihnen das anhand eines Beispiels sagen: Wir versuchen seit über zwei Jahren ein Feuerwehrauto zu kaufen. Gerade eben war der Kollege da, weil sie gestern bei einer Angebotsfirma einen Termin hatten in Süddeutschland. Das ist Wahnsinn, was da an Bürokratie auf uns zugekommen ist.“*
- *„Irgendwelche Politiker sind nach Brüssel geschickt worden, um eine Verwaltungsvereinfachung durchzusetzen [...] also außer deren Dienstwagen, habe ich nichts mehr gesehen. Wir hemmen uns immer mehr. Ich habe jetzt hier seit diesem Jahr eine hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte, einen hauptamtlichen Personalrat, einen Datenschützer... Was haben wir noch? Eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Das hatte ich alles bis zum vorletzten Jahr nicht, ging auch. Und die sichtbare Leistung für den Bürger, dem kann ich ja nicht mehr Geld abknöpfen als vorher, wird weniger.“*

Praktische Lösungsansätze, z.B. beim Baurecht, dem Ausbau der digitalen Infrastruktur oder bei der Nutzung von Räumlichkeiten, werden aus Expertensicht ebenfalls durch zu hohe Bürokratiehürden ausgebremst:

- *„Wir müssen jetzt tatsächlich aufpassen, dass wir private Initiativen nicht dadurch zerstören, dass der nicht mehr investieren kann, weil unsere Auflagen so komplex sind, dass du, bis du überhaupt mal zur Investition kommst, schon verblutet bist.“*
- *„Wenn ich leer stehende Räumlichkeiten habe bei Kirchen, Feuerwehren oder sonst was, die drei Stunden in der Woche vielleicht mal genutzt werden - warum kann ich da nicht einen Kinderhort reinpacken?“*

Immerhin ungefähr ein Drittel der Gesprächspartner fordert **mehr (finanzielle) Eigenständigkeit**, in dem beispielsweise Investitionspauschalen statt konkreter Fördermaßnahmen gewährt werden. Aus ihrer Sicht können die Kommunen selbst besser entscheiden, für was die finanziellen Mittel vor Ort eingesetzt werden müssen und versprechen sich davon auch eine Reduktion des bürokratischen Aufwandes:

- „[Früher] gab es eine Investitionspauschale. Das war wunderbar. Das sollte man den Bürgermeistern in Deutschland sagen [...] wir hatten hier auch für alles, was wir machen, wir wissen auch, was eine Investition ist und was eine Subvention ist, und wir wissen auch, wo die kaputten Straßen sind. Diese ganzen umständlichen Antragswege und Zuständigkeiten zwischen Berlin und [Land] - 80% sinnloses Tun.“
- „Es wird vor Ort so viel sinnvoller entschieden, weil vernünftiger Menschenverstand [da ist], der sich an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort orientiert. Da wäre wesentlich mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung gerechtfertigt und richtig.“
- „Wir brauchen im Prinzip mehr Freiheiten für die untere Ebene, die arbeiten muss. Das sind die Landräte und Bürgermeister, die brauchen Freiheiten und mehr Ermessen. Man hat uns über die Jahre das Ermessen genommen vom Gesetzgeber und hat uns überall gegängelt. Das führt nicht dazu, dass die Entscheidung besser wird.“

Neben diesen beiden Hauptaspekten gibt es noch eine Vielzahl weiterer, vereinzelt vorgetragener Wünsche. Hierzu gehört das Abstellen von Fehlförderungen, die Schaffung von mehr und längerfristigen Investitionsprogrammen sowie im Zuge der Digitalisierung eine Verlagerung öffentlicher Verwaltungen von der Stadt in den ländlichen Raum. Darüber hinaus wird eine ungerechte Verteilung der finanziellen Mittel auf die Kommunen kritisiert. Speziell in Verbindung mit dem Bund fordern einzelne Experten die Ost-West-Angleichung der Wirtschaftskraft stärker voranzutreiben und bei der Gesetzgebung die Belange ländlicher Räume stärker zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der **Aufgabenbereiche**, bei denen sich die Landkreise bzw. Gemeinden weiterhin Unterstützung durch eine höhere Ebene erwarten, lassen sich drei eindeutige Schwerpunkte ausmachen, die schon bei den größten Aufgaben und Herausforderungen für die Zukunft besonders häufig genannt wurden: **ÖPNV und Straßenverkehr**, die **digitale Infrastruktur** und **Bildungs- sowie Kinderbetreuungseinrichtungen**.

Im Zusammenhang mit dem Thema ÖPNV und Straßenverkehr berichten einige Experten von einigen gelungenen Maßnahmen in der Vergangenheit und erhoffen sich für die Zukunft eine unverändert große Unterstützung seitens des Landes. Einige andere kritisieren allerdings die teils zögerlichen und langwierigen Entscheidungsprozesse. Letzteres ist auch der wesentliche Kritikpunkt bezüglich der Förderung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur (Breitband und Mobilfunk), die meist bei Land und Bund gleichermaßen verortet wird. Aus Sicht der Experten werden hier allerdings erste Erfolge spürbar, wenngleich diese aufgrund zu spät einsetzender Fördermaßnahmen nur sukzessive sichtbar werden:

- „Ich sehe in einigen Bereichen große Probleme auf die Kommunen zukommen [...] weil hier nicht eine kommunale Aufgabe vorliegt, sondern eine staatliche Aufgabe mit dem Stichwort Breitbandversorgung, weil wir [mit] der in Deutschland sträflich hinterherhinken. Jetzt reden wir schon wieder von der nächsten Digitalisierungswelle.“
- „Also die Unterstützung ist da seitens [Landesregierung], aber die ist eben auch erst seit diesem Jahr da. Davor sind zum Teil hohe Eigenanteile von den Kommunen abverlangt worden, die sie in der Regel haben absterben lassen bei dem Thema. Viele Gemeinden haben sich der Aufgabe gestellt, haben zum Teil auch was gemacht. Bei anderen Gemeinden spielt das Thema einfach keine Rolle, weil das das Verwaltungs-Know-how überfordern würde, weil die finanziellen Eigenanteile noch nicht bereitgestellt werden konnten.“

Nicht nur bei der digitalen Infrastruktur, sondern ebenso beim Bau von neuen Kinderbetreuungseinrichtungen zeigt sich, dass nicht immer finanzielle Förderungen entscheidend sind, sondern auch fachliches Know-How und Empfehlungen:

- „Wo wir noch ein bisschen Probleme sehen, das ist bei der Thematik Schule/Kindergarten. Neben dem Geld, das da auf jeden Fall mehr werden müsste, brauchen wir da endlich auch mehr Vorgaben vom Bildungsministerium, damit wir wissen, was wir draußen überhaupt mal bauen sollen. Das wäre wichtig, ansonsten passt es.“

Jeweils eine Handvoll der Landräte und Bürgermeister wünschen sich Unterstützung in den Bereichen **Wohnungsbau / Flächenerschließungen** und **ärztliche Versorgung**. Bei Ersterem wünschen sich die Experten einfachere, unbürokratischere Möglichkeiten zur Ausweisung von Neubauf Flächen sowie eine Veränderung des Vergaberechts für Baumaßnahmen. Bei der ärztlichen Versorgung wird schwerpunktmäßig ein überarbeitetes Entgeltsystem oder generell Subventionierungen erwartet, damit die Tätigkeit als Arzt auf dem Land wieder attraktiver wird.

Ebenso häufig wie die beiden zuletzt genannten Punkte wird das Thema der **kommunalen Finanzen** angesprochen, wobei dies abgesehen von einer Ausnahme ausschließlich von Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken vorgebracht wird. Dabei spielen insbesondere die Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs und der Erlass von Altschulden, um die Landkreise wieder auf finanziell gesündere Beine zu stellen, eine Rolle.

- „Wir erwarten natürlich für die Kommunen eine Finanzausstattung [mit der] wir unsere Aufgaben vernünftig erfüllen können. Dass wir nicht als Bittsteller immer hinkommen [und sagen] müssen: Gebt uns doch mal Fördermittel. Sondern dass die Finanzausstattung so ist, dass wir sagen können [...] damit [können wir die] Schule sanieren, wir können unsere gemeindlichen Straßen machen, wir können einen öffentlichen Personennahverkehr davon machen, und wir haben auch noch was für die freiwilligen Aufgaben, dass wir nämlich eine Bibliothek betreiben können, dass wir unser Schwimmbad betreiben können und auch noch so ein bisschen Kultur unterstützen können. Also da, denke ich schon, sollte sich das Land mal ein bisschen strecken.“

Insgesamt richten sich die meisten Erwartungen der Landräte und Bürgermeister an das Land, wenn sie sich Unterstützung für die Bewältigung ihrer Aufgaben wünschen. Dies liegt in erster Linie daran, dass bei der bestehenden Gesetzeslage keine Direktförderungen von Kommunen durch den Bund erfolgen dürfen. Teilweise unterscheiden die Experten allerdings bei der Adressierung ihrer Erwartungen auch nicht zwischen diesen beiden Ebenen. Im Allgemeinen wird besonders der Wunsch nach weniger Bürokratie und flexibleren Lösungen vorgetragen, sei es im Rahmen der routinierten Verwaltungsangelegenheiten, speziell bei Vergabeverfahren oder der Genehmigung von Fördermaßnahmen. Darüber hinaus fordern viele Experten mehr finanzielle Eigenständigkeit und eine stärkere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Themenabhängig erwarten die Landräte und Bürgermeister am häufigsten Unterstützung in den Bereichen ÖPNV / Verkehr, Digitalisierung und Bildung / Kinderbetreuung.

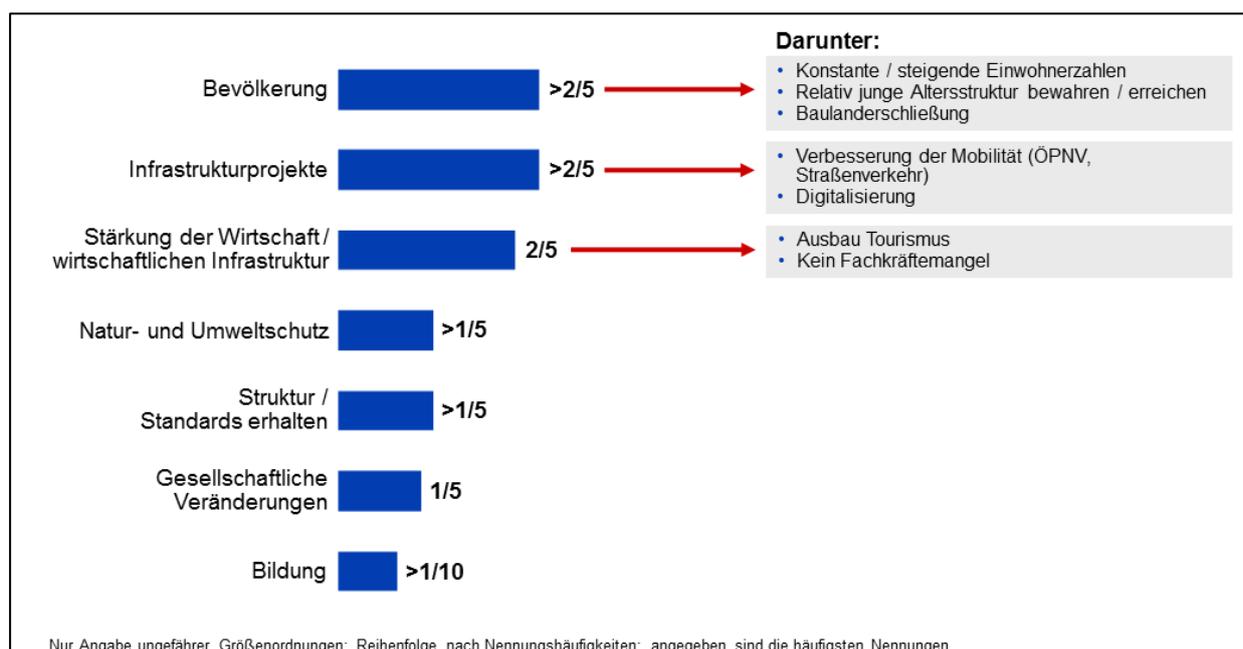
4 Vision 2030: Die wichtigsten Zielsetzungen

Nachdem sich die Gesprächspartner zu den wichtigsten zukünftigen Herausforderungen äußern konnten um anschließend ihre Erwartungen an Bürger, Bund und Land zur Bewältigung dieser Aufgaben in ihrer Gemeinde bzw. ihrem Landkreis anzusprechen, gab es zum Abschluss des Interviews noch die Gelegenheit, die wichtigsten Zielsetzungen bis zum Jahr 2030 zu thematisieren.

Die angesprochenen Zielsetzungen lassen sich zu mehreren, übergeordneten Bereichen zusammenfassen. Ungefähr jeweils knapp die Hälfte der Interviewpartner nennt Visionen zu den Themen **Bevölkerung, Infrastrukturprojekte** und Maßnahmen zur **Stärkung der Wirtschaft bzw. der**

wirtschaftlichen Infrastruktur. Von einem Viertel bis einem Fünftel der Experten werden Ziele im Bereich **Natur- und Umweltschutz** und die Erreichung von **gesellschaftlichen Veränderungen** angesprochen. Für ungefähr ebenso viele Gesprächspartner geht es hauptsächlich darum, die aktuelle Struktur und die **bestehenden Standards aufrecht zu erhalten**, wobei dies vor allem Experten aus Landkreisen mit Zukunftsrisiken nennen. Visionen im Hinblick auf **Bildung** und der **kommunalen Finanzen** werden ebenfalls noch von mehr als zwei Experten angeführt (Abbildung 3).

Abbildung 3:

Die wichtigsten Zielsetzungen bis zum Jahr 2030

Im Einzelnen werden Ziele beim Thema **Bevölkerungsentwicklung** schwerpunktmäßig von Experten aus Landkreisen mit negativen Zukunftschancen genannt. Für sie ist entscheidend, die Einwohnerzahl (weiterhin) stabil zu halten bzw. unter Umständen sogar zu steigern. Der Grundtenor fällt bis auf wenige Ausnahmefälle positiv aus:

- „Ich sehe schon Chancen, gerade für so eine [Gemeinde] wie wir es sind, die ja schon ländlich, aber trotzdem auch so ein bisschen urban geprägt ist, für die Zukunft auch positive Entwicklungen zu nehmen als interessanter Wohnstandort. Vielleicht gerade auch für ältere Bürgerinnen und Bürger, wo eben eine Infrastruktur vorgehalten wird, die man dann braucht [...] mit Ärzten, Krankenhaus, Mobilität auch hier am Ort, wo viele Dinge auch fußläufig zu erreichen sind.“
- „Ich denke, ich sehe [uns] positiv aufgestellt. Weil wir jetzt in den letzten Jahren doch eine Entwicklung erkennen, dass Leute, die weggezogen sind, zurückkommen oder andere, die in großen Städten wohnen, sich auf das Landleben besinnen.“

Experten aus Landkreisen mit ausgeglichenen oder positiven Zukunftschancen äußern beim Thema Bevölkerung hingegen eher Ziele mit Bezug auf die Erschließung von neuem Bauland oder dem Umgang mit dem demografischen Wandel:

- „Schauen, das wir jung bleiben und vor allem mit dem demografischen Wandel, der uns auch treffen wird, gut umgehen. Das ist auch ein großes Thema der nächsten Jahre.“

Die als Ziele genannten **Infrastrukturprojekte** entsprechen im Wesentlichen den bereits genannten zukünftigen Herausforderungen. Schwerpunkte bilden also wiederum eine verbesserte Infrastruktur in den Bereichen Digitales und Mobilität:

- *„Wenn ich mir wünschen würde wie der Landkreis [...] im Jahr 2030 aussieht, dann hätten wir sämtliche Gebiete mit gutem Breitband versorgt, wir hätten ein vernünftiges Mobilfunknetz.“*
- *„Dann würde ich mir wünschen, dass wir den Autoverkehr irgendwie verringert kriegen, was aber schwierig ist, weil durch unsere Gemeinde eben eine Landes- und eine Kreisstraße führen. Das wäre dann so ein bisschen die Vision in Richtung Land, da Infrastruktur auch zu schaffen vielleicht für Velorouten oder vielleicht auch Carsharing.“*

Die Ziele zur **Stärkung der Wirtschaft bzw. der wirtschaftlichen Infrastruktur** fallen relativ unterschiedlich aus oder bleiben häufig im Allgemeinen. Jeweils zwei bis drei Experten sprechen erneut die Themen Fachkräftemangel, Ausbau des Tourismus und Unternehmensansiedlungen an.

Visionen für den Themenbereich **Umwelt- und Naturschutz** werden prioritär von Experten aus Landkreisen mit eher positiven Zukunftschancen geäußert. Sie sehen die Gefahr, dass durch die zunehmenden Bevölkerungszahlen eine besondere Lebensqualität des ländlichen Raumes verloren gehen kann:

- *„Wir werden attraktiv sein, weil wir immer noch neben diesen Technologiestandorten, dieser wirtschaftlichen Stärke, genügend Naturräume haben. Die müssen wir auf jeden Fall halten. Das ist ein ganz kompliziertes Geschäft. Aber das ist meines Erachtens eines der wesentlichen Pfunde, mit denen wir wuchern können. Im Moment ist zwar die Tendenz, sie wollen in die Stadt ziehen, es gibt aber genügend, die ein Alternativleben haben wollen, also jetzt alternativ dahingehend, nicht das Urbane, sondern den ländlichen Raum bevorzugen.“*

Bezüglich der angesprochenen **gesellschaftlichen Veränderungen**, die aus Sicht einiger Experten notwendig wären, ähneln sich die Nennungen mit denen bezüglich der Erwartungen an die eigenen Bürger. Hauptsächlich erhoffen sich die Landräte bzw. Bürgermeister eine optimistischere Bevölkerung, die sich mit ihrem Wohnort identifiziert.

Zusammenfassend wird erkennbar, dass die erwähnten Zielsetzungen bis 2030 mit den zuvor genannten Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunft weitgehend übereinstimmen. Die wichtigsten Visionen bis 2030 betreffen die Themenkomplexe Bevölkerung, Infrastruktur (Digitales, Mobilität) und Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Struktur, halb so häufig auch den Natur- und Umweltschutz, das „Halten der derzeitigen Standards“ oder gesellschaftliche Veränderungen.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Insgesamt 30 kommunale Amtsträger, darunter 19 Bürgermeister, neun Landräte und zwei sonstige Experten (Dezernenten / Stabstellenleiter Kreisentwicklung) wurden in der Zeit vom 5. Oktober und 8. November 2018 mittels qualitativer Leitfadengespräche zu ihrer Sicht der derzeitigen und zukünftigen Lage ihrer ländlichen Region befragt.

Bereits bei der Einstiegsfrage nach der **größten Herausforderung seit Übernahme des derzeitigen Amtes** wird deutlich, dass dem Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und eine entsprechende Finanzierung dieser Maßnahmen bei der täglichen kommunalen Arbeit der Landräte und Bürgermeister eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Die **Spontanassoziationen zur Beschreibung des Landkreises bzw. der Gemeinde** belegen, dass die Experten ein überwiegend positives Bild von ihrer Region besitzen. Während jeder Experte spontan einen oder mehrere positive Aspekte erwähnt, werden negative Gesichtspunkte nur von knapp der Hälfte angeführt. Etwas deutlicher treten Schwierigkeiten, Probleme und Defizite erst nach aktiver Nachexploration zu Tage, wenn es darum geht, ein möglichst umfassendes Bild der aktuellen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur sowie des Gemeindelebens zu erhalten.

Bei Betrachtung der **Bevölkerungsstruktur** zeigt sich die Vielfalt der ländlichen Räume bezüglich ihrer unterschiedlichen Entwicklungen und den daraus resultierenden abweichenden Problemen und Herausforderungen. Trotz derzeit meist noch stabilen oder sogar leicht ansteigenden Einwohnerzahlen zeichnet sich insbesondere bei wirtschaftlich besser aufgestellten Gemeinden oder Landkreisen aufgrund des steigenden Durchschnittsalters zunehmend das Problem ab, ausreichend Fachkräfte zu gewinnen. Auf der anderen Seite existieren jedoch ebenso einige Landkreise, vor allem in Ostdeutschland und fernab von Großstädten, die nach wie vor mit sinkenden Bevölkerungszahlen konfrontiert sind und für die eher das Aufrechterhalten der bestehenden Strukturen und der Daseinsvorsorge von entscheidender Bedeutung sind.

Die im Rahmen der **Flüchtlingssituation** 2015 und danach gesammelten Erfahrungen fallen zumindest im Nachhinein alles eingerechnet relativ positiv aus. Die Unterbringung und Versorgung stellte die Landkreise und Gemeinden zwar vor erhebliche Probleme, diese konnten aber nicht zuletzt durch das überaus hohe Engagement der Ehrenamtlichen vor Ort bewältigt werden. Bei der Unterbringung zeigt sich, dass eine dezentrale Verteilung auf kleinere Unterkünfte hilft, Konflikte mit den Bürgern vor Ort zu verhindern. Dennoch existieren weiterhin zahlreiche, langfristige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration.

Die Bewertungen der **wirtschaftlichen Situation bzw. der Wirtschaftsstruktur** fallen zwar tatsächlich je nach Einordnung in Landkreise mit eher positiven, eher ausgeglichenen und eher negativen Zukunftschancen meist unterschiedlich aus. Generell wird bei positiver Bewertung zumeist eine mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Unternehmensstruktur hervorgehoben, im Falle einer selten vorgenommenen negativen Gesamtbewertung der wirtschaftlichen Situation Strukturprobleme und das Fehlen von Arbeitsplätzen.

Im Bereich des **ÖPNV** ergeben sich Verbesserungspotenziale insbesondere im unmittelbaren Nahverkehr. Hierbei zeigen sich des Weiteren keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Gemeinden mit positiven, ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen, sondern die Schilderungen der Landräte und Bürgermeister unterscheiden sich viel mehr im Hinblick auf die Lage des Landkreises bzw. der Gemeinde bezüglich einer Metropolnähe bzw. -ferne. Im Vergleich zum ÖPNV scheint zumindest der grundsätzliche Ausbau des **Straßenverkehrsnetzes** – abgesehen von einigen Ausnahmen – ein etwas geringeres Problem darzustellen, wenngleich im Hinblick auf den Zustand der Straßen durchaus Ausbau- oder Sanierungsbedarf vorliegt.

Während bei der Versorgung mit schnellen **Breitbandverbindungen** zwar trotz einer als meist zu langsam empfundenen Ausbaugeschwindigkeit in letzter Zeit aufgrund verschiedener Fördermaßnahmen spürbare Verbesserungen wahrgenommen werden, fällt die Bewertung der Verfügbarkeit von **schnellen mobilen Datenverbindungen** noch kritischer aus. In beiden Fällen wünscht sich eine Mehrheit der Experten mehr staatliche Steuerung, um den Ausbau auch in dünn besiedelten Räumen voranzutreiben.

Die Beurteilung der **Gesundheitsversorgung** fällt relativ unterschiedlich aus. Während für Befragte aus Landkreisen mit hohen Zukunftschancen die positiven Einschätzungen noch überwiegen, fallen die Urteile von Experten aus den anderen Landkreisen ambivalent aus. Zwar kann die hausärztliche Versorgung derzeit fast immer noch aufrechterhalten werden, allerdings sind mit Hinblick auf das hohe Durchschnittsalter der Ärzte mittel- oder sogar kurzfristig Versorgungsprobleme zu erwarten. Bei den **Bildungs- und Schulangeboten** zeigen sich bislang hingegen kaum strukturelle Probleme, den derzeitigen Entwicklungsstand bei der **Kinderbetreuung** empfindet ebenso ein Großteil der Experten als ausreichend, wenngleich hier für die Zukunft weiterhin Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik erwartet wird. Die Einschätzungen zu den **Einkaufsmöglichkeiten** und den **Freizeit- und Kulturangeboten** hängen relativ stark mit der räumlichen Nähe zu einer Metropole zusammen, die das insbesondere für Jugendliche teilweise begrenzte Angebot vor Ort ergänzen können. Dies gilt vor allem für solche Landkreise, denen keine positiven Zukunftschancen bescheinigt werden.

Im Prinzip verfügen alle untersuchten Regionen über ein reges **Gemeinde- und Vereinsleben**, da die Ehrenamtsstruktur derzeit noch intakt ist. Die kommunalen Amtsträger versuchen zudem durch verschiedene Maßnahmen wie Ehrenamtsbörsen oder Programme für Kinder und Jugendliche motivierten Nachwuchs an die Vereine heranzuführen. Trotzdem zeichnen sich zukünftig Nachwuchsprobleme besonders hinsichtlich der Übernahme von längerfristigen Funktionen in Vereinen ab, da sich das ehrenamtliche Engagement hin zu mehr kurzfristigen, punktuellen Formen verändert und zudem das Berufsleben heute weniger Zeit für dauerhafte Ehrenamtsarbeit lässt.

Der **Vergleich ihrer mit der Situation anderer ländlicher Gebiete in Deutschland** ist aufgrund der Vielseitigkeit der ländlichen Räume den Experten zunächst häufig schwer gefallen. Landräte oder Bürgermeister aus Landkreisen mit eher positiven Zukunftschancen sehen ihre Region aber letztendlich überdurchschnittlich häufig hinsichtlich der wirtschaftlichen Stärke, finanziellen Ausstattung und Infrastruktur besser aufgestellt. Experten aus Landkreisen mit eher ausgeglichenen oder sogar negativen Zukunftschancen hatten anfänglich spürbar häufiger Schwierigkeiten mit einer vergleichenden Einordnung, davon abgesehen fallen die Vergleiche aber nicht zwingend negativer aus.

Die zentralen **Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunft** ergeben sich erstens im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur, wobei dort im Einzelnen die Angebote zur Kinderbetreuung und Bildung, die ärztliche Versorgung sowie der ÖPNV / Straßenverkehr und die digitale Infrastruktur hervorgehoben werden. Darüber hinaus existieren zudem Herausforderungen und Aufgaben in den Themengebieten Wirtschaft und Arbeit (vor allem Fachkräftemangel), der Bevölkerungsentwicklung (vor allem bezahlbarer Wohnraum), dem Umweltschutz (Zersiedelung der Landschaft), den kommunalen Finanzen und bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die vielen verschiedenen, teils widersprüchlichen Ideen der Landräte und Bürgermeister im Hinblick auf mögliche **Lösungsansätze für zukünftige Herausforderungen** können zwar aufgrund ihrer partiellen Heterogenität nicht in jedem Fall als Richtmaß für die Bewältigung der Herausforderungen der ländlichen Räume dienen, liefern aber einige wertvolle Hinweise. So führen aus Sicht der meisten Experten rein marktwirtschaftliche Lösungen in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge nicht zu einer Lösung der Probleme, sodass staatliche Regulation oder zumindest das Schaffen von bestimmten Anreizen notwendig ist. Dies betrifft beispielsweise das Thema Breit-

bandausbau oder die ärztliche Versorgung auf dem Land. Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ergeben sich durch die Digitalisierung verschiedene neue Möglichkeiten. Zumindest mittelfristig wird dem Straßenverkehr in den ländlichen Regionen, die fernab einer Metropolregion liegen, allerdings weiterhin eine zentrale Bedeutung zukommen. Investitionen in das Straßenverkehrsnetz bilden weiterhin einen wichtigen Baustein zur Aufrechterhaltung der Mobilität, insbesondere des Individualverkehrs, im ländlichen Raum. Bei der Gewinnung von Fachkräften werden verschiedene erfolgsversprechende Initiativen angewendet, um einerseits den Nachwuchs in den Heimatregionen zu verankern und andererseits die Weggezogenen zu einer „Heimkehr“ zu motivieren. Wiederrum kann die Digitalisierung z.B. durch die Schaffung von Home-Office-Arbeitsplätzen einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sich die digitale Infrastruktur in den ländlichen Regionen in einem angemessenen Zustand befindet.

Das Potenzial, das sich aus dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger ergibt, ist relativ ausgeschöpft. Allenfalls ergeben sich langfristige Möglichkeiten, wenn die Bürger in Zukunft wieder eigenverantwortlicher und konstruktiver handeln. Kurzfristig könnte der Abbau von bürokratischen Hürden dazu führen, dass sich **mehr Bürger in ihrem Ort engagieren**.

Die meisten **Erwartungen der Landräte und Bürgermeister richten sich an das Land**, wenn sie sich Unterstützung für die Bewältigung ihrer Aufgaben wünschen. Dies liegt in erster Linie daran, dass bei der bestehenden Gesetzeslage keine Direktförderungen von Kommunen durch den **Bund** erfolgen dürfen. Teilweise unterscheiden die Experten allerdings bei der Adressierung ihrer Erwartungen auch nicht zwischen diesen beiden Ebenen. Im Allgemeinen wird besonders der Wunsch nach weniger Bürokratie und flexibleren Lösungen vorgetragen, sei es im Rahmen der routinierten Verwaltungsangelegenheiten, speziell bei Vergabeverfahren oder der Genehmigung von Fördermaßnahmen. Darüber hinaus fordern viele Experten mehr finanzielle Eigenständigkeit und eine stärkere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Themenabhängig erwarten die Landräte und Bürgermeister am häufigsten Unterstützung in den Bereichen ÖPNV / Verkehr, Digitalisierung und Bildung / Kinderbetreuung.

Die **Zielsetzungen der Landräte und Bürgermeister bis zum Jahr 2030** stimmen mit den zuvor genannten Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunft weitgehend überein. Die wichtigsten Visionen bis 2030 betreffen die Themenkomplexe Bevölkerung, Infrastruktur (Digitales, Mobilität) und Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Struktur, halb so häufig auch den Natur- und Umweltschutz, das „Halten der derzeitigen Standards“ oder gesellschaftliche Veränderungen.

Auf Basis der zuvor geschilderten Untersuchungsergebnisse sind sowohl eine bessere Gesamtbewertung der Ergebnisse als auch weitere Schlussfolgerungen möglich. Folgende **Schlussfolgerungen** liegen bei synoptischer Bewertung der gesamten Ergebnisse und Materialien einschließlich der Kommentare und Anmerkungen der Experten nahe:

1. Die Heterogenität der ländlichen Räume zeigt sich nicht nur zwischen den verschiedenen Landkreisen, sondern häufig sogar auf kleinstem Raum innerhalb der untersuchten Landkreise. Selbst in Landkreisen mit Zukunftsrisiken kann es demnach einzelne Gemeinden oder Regionen geben, die prosperieren, und die deshalb vor anderen Herausforderungen stehen als Gemeinden mit schrumpfender Bevölkerung oder mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Eine exklusive Nutzung von Aggregatdaten zur Beurteilung der Landkreise erscheint vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll.
2. Für Landkreise, die sich räumlich im Umland von wachsenden Großstädten befinden und die über eine gute Verkehrsanbindung an diese Metropolen verfügen (ÖPNV und Straße), eröffnen sich aufgrund der steigenden Miet- und Grundstückspreise in den Metropolen erhebliche Wachstumspotenziale. Dies wird im Rahmen dieser Untersuchung auch für Landkreise deutlich, die nach dem Prognos Zukunftsatlas 2016 in die Kategorie „Landkreis mit

Zukunftsrisiken“ eingeordnet worden sind. Für diese Landkreise ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und eine möglichst unbürokratische Baulanderschließung von besonderer Relevanz, um von dem Wachstum der sich in der Nähe befindlichen Metropole zu profitieren.

3. Auf der anderen Seite birgt diese Entwicklung gewisse Herausforderungen, was bei den Landkreisen mit Bevölkerungswachstum insbesondere in Süddeutschland beobachtet werden kann. Die Ansprüche an die am Wohnort vorhandenen sozialen und technischen Infrastrukturen werden größer, die Preise für Mieten und Baugrundstücke steigen ähnlich wie in den Großstädten und es droht durch eine zunehmende Zersiedelung der naturnahe Charakter des ländlichen Raumes ein Stück weit verloren zu gehen. Für die kommunalen Vertreter dieser Landkreise ist deshalb ein „gesundes“, nicht ungebremstes Wachstum wichtig.
4. Für Landkreise mit vergleichsweise geringer Wirtschaftsstärke, die gleichzeitig weit entfernt von größeren Ballungsräumen liegen, geht es hingegen in erster Linie um das Aufrechterhalten der bestehenden Infrastrukturen, um eine weitere Abwanderung der verbliebenen Bürger zu verhindern. Diese häufig gleichzeitig auch noch von einem wirtschaftlichen Strukturwandel (potentieller Braunkohleausstieg) betroffenen Landkreise erwarten deshalb häufiger eine stärkere finanzielle Unterstützung, z.B. durch eine Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs oder der Förderung von Wirtschaftsansiedlungen.
5. Für die meisten Landräte und Bürgermeister steht im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaft und Arbeit allerdings nicht mehr die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, sondern der Fachkräftemangel im Vordergrund, dem sie aus ihrer Sicht im ländlichen Raum besonders stark ausgesetzt sind. Dabei sind besonders die vor Ort vorhandenen sozialen und technischen Infrastrukturen von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, junge Familien oder andere Menschen für ein Leben in einer ländlichen Region zu begeistern. Unterstützt durch verschiedene Bleibe- oder Rückkehrinitiativen sowie von Imagekampagnen ergeben sich hier aus Sicht der Experten durchaus positive Potenziale.
6. Eine ganz entscheidende Voraussetzung für eine positive Entwicklung der ländlichen Regionen stellt allerdings der Ausbau der digitalen Infrastruktur hinsichtlich der Versorgung mit schnellen, überall verfügbaren Breitband- und mobilen Internetverbindungen dar. Die Digitalisierung eröffnet für die ländlichen Regionen in ganz unterschiedlichen Bereichen neue Möglichkeiten zur Bewältigung kommunaler Probleme. Angefangen bei Home-Office-Tätigkeiten, die neben dem Wohnen zudem ein Arbeiten „im Grünen“ ermöglichen, über Neuerungen beim Thema Mobilität (Mitfahrssysteme, visionär auch autonomes Fahren) bis hin zu digitalen Verwaltungs- oder Gesundheitsdienstleistungen.
7. Zur Nutzung dieser Möglichkeiten ist allerdings eine entsprechend gut ausgebaute digitale Infrastruktur notwendig. Insbesondere in diesem Bereich wünschen sich die kommunalen Amtsträger deshalb mehrheitlich eindeutig mehr staatliche Steuerung. Dies gilt aber analog ebenso für andere Bereiche, in denen rein marktorientierte Lösungen aus ihrer Sicht nicht ausreichen, wie z.B. bei der hausärztlichen Versorgung.
8. Ebenfalls deutlich wird der Wunsch nach mehr (finanzieller) Eigenverantwortlichkeit und weniger bürokratischen Vorgaben in ganz unterschiedlichen Bereichen, z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, der Beantragung von Förderungen oder den immer zahlreicheren Vorschriften im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Engagement.

6 Anhang: Methodische Anmerkungen

Nachdem bereits zu Beginn dieses Berichts die Zielgruppe der Untersuchung kurz erläutert wurde (Kap. 1), soll im Folgenden ein umfassenderer Blick auf die methodische Herangehensweise erfolgen. Bei dieser speziellen Aufgabenstellung stellten persönliche Leitfadeninterviews die am besten geeignete Erhebungsmethode dar, um den inhaltlichen Fragestellungen bestmöglich nachzukommen. Die Themen wurden nicht, wie bei Repräsentativumfragen üblich, anhand eines voll strukturierten Fragebogens mit standardisierten Frageformulierungen und Antwortvorgaben empirisch erfasst. Vielmehr existierte lediglich ein Gesprächsleitfaden, der dazu diente, die Experten durch das Interview zu führen. Die Gesprächspartner konnten und sollten sich zu allen Themen frei äußern, wobei der Interviewer bei bestimmten, besonders wichtigen Aspekten das Gespräch mittels Nachexplorationen vertiefen konnte. Durch den Verzicht auf eine vollstrukturierte Fragenstruktur eröffneten die Leitfadengespräche also einen unmittelbaren Zugang zu den Sichtweisen der Experten.

Die Zielgruppe bestand aus Bürgermeister*innen und Landrät*innen, die ihrer kommunalen Amtstätigkeit in ländlichen Landkreisen Deutschlands nachgehen, welche nach bestimmten Kriterien ausgewählt wurden. Diese Auswahl erfolgte analog zu einer Repräsentativbefragung der Bürger*innen in sechs ländlichen Landkreisen, die einen weiteren Baustein zu der vorliegenden qualitativen Studie darstellt, nach den folgenden Merkmalen. Zuvorderst wurden die Landkreise, die bereits für die quantitative Studie berücksichtigt wurden, in die Stichprobe aufgenommen. Dazu gehören die Landkreise Biberach, Rhön-Grabfeld, Gotha, Goslar und Stendal. In diesen Landkreisen wurden jeweils zwei Leitfadengespräche mit kommunalen Amtsträgern durchgeführt.

Zusätzliche Landkreise wurden anhand der Siedlungsstruktur der laufenden Raumbearbeitung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in einem ersten Schritt als ländlich identifiziert. Anschließend fand eine Auswahl von für die Untersuchung geeigneten ländlichen Landkreisen auf Basis der Resultate des Prognos-Zukunftatlas 2016 statt, der eine Bewertung der Zukunftsperspektiven aller Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland beinhaltet. Dieses Ranking findet anhand eines Zukunftsindex statt, der auf makro- und sozioökonomischen Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Wohlstand und soziale Lage, Arbeitsmarkt sowie Wettbewerb und Innovation beruht. Anhand dieser Bewertung wurden die ländlichen Regionen nach positiven, ausgeglichenen oder negativen Zukunftschancen eingeteilt. Aus allen drei Gruppen sollten zu ungefähr gleichen Teilen die restlichen ländlichen Landkreise für die Stichprobenauswahl berücksichtigt werden.

Zusätzlich zu diesen Basiskriterien sollte die Auswahl der ländlichen Landkreise eine möglichst breite regionale Streuung beinhalten, um die unterschiedlichen lokalen Strukturen einzubeziehen. Allerdings ließ sich eine gewisse Klumpung innerhalb der drei Gruppen nicht vermeiden, da beispielsweise für die neuen Bundesländer keine einzige ländliche Region mit positiven Zukunftschancen identifiziert werden konnte und Bayern bei den ländlichen Landkreisen mit positiven Zukunftschancen überproportional stark vertreten ist.

Anhand dieser Vorgehensweise für die Auswahl der ländlichen Landkreise wurde der nachfolgende Quotenplan generiert, der im Zuge der Feldarbeit exakt nach diesen Vorgaben umgesetzt wurde.

Gruppe	Region	Bundesland	Anzahl Gespräche
Regionen mit <u>positiven</u> Zukunftschancen	LK Pfaffenhofen an der Ilm	Bayern	1
	LK Erding	Bayern	1
	LK Biberach	Baden-Württemberg	2
	LK Vechta	Niedersachsen	1
	LK Gifhorn	Niedersachsen	1
	LK Mühldorf am Inn	Bayern	1
	LK Rhön-Grabfeld	Bayern	2
LK Segeberg	Schleswig-Holstein	1	
Regionen mit <u>ausgeglichenen</u> Chancen / Risiken	LK Rendsburg-Eckernförde	Schleswig-Holstein	1
	LK Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	1
	LK Dahme-Spreewald	Brandenburg	1
	LK Gotha	Thüringen	2
	Hochsauerlandkreis	NRW	1
	LK Steinburg	Schleswig-Holstein	1
	Werra-Meißner-Kreis	Hessen	1
LK Höxter	NRW	1	
Regionen mit Zukunftsrisiken	LK Rostock	Mecklenburg-Vorpommern	1
	LK Leipzig	Sachsen	1
	LK Goslar	Niedersachsen	2
	Saale-Orla-Kreis	Thüringen	1
	LK Kusel	Rheinland-Pfalz	2
	LK Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburg-Vorpommern	1
	LK Spree-Neiße	Brandenburg	1
	LK Stendal	Sachsen-Anhalt	2

In Grau: In quantitativer Repräsentativbefragung berücksichtigte Landkreise.

Somit wurden insgesamt 30 Leitfadengespräche mit Bürgermeistern und Landräten aus 24 ländlichen Landkreisen zwischen dem 5. Oktober und 8. November 2018 realisiert. Die vorgelagerte Rekrutierung dafür erfolgte telefonisch-mündlich durch Mitarbeiter der GMS unter Beachtung der festgelegten Quotenmerkmale im Rahmen von Kontakt-Interviews in den ausgewählten ländlichen Regionen. Im Rahmen dieser Kontakt-Interviews erhielten die potenziellen Gesprächspartner einige zusätzliche Informationen zum Untersuchungsvorhaben. Sofern sich eine Zielperson für ein Gespräch bereiterklärt hatte, wurde ein Termin für ein persönlich-mündliches oder ggf. (falls von der Zielperson präferiert) ein telefonisches Interview vereinbart.

Schließlich wurden alle Leitfadengespräche durch den Geschäftsführer und zwei Research Consultants der GMS durchgeführt (14 davon persönlich vor Ort, 16 telefonisch). Dabei erfolgte eine Audio-Aufzeichnung, insofern der Gesprächspartner dazu sein Einverständnis erklärte, um die Expertengespräche später wortgenau transkribieren zu können. Als Befragungspersonen fungierten insgesamt 19 Bürgermeister, neun Landräte und zwei sonstige kommunale Experten (Dezernent und Stabsleiter der Kreisentwicklung).